

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1949**

26 (3.3.1949)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

F. 1. 8

4. Jahr Nr. 26 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Donnerstag, 3. März 1949

## Entschiedener Kampf den Kriegshetzern

Ein neuer Krieg würde auf deutschem Boden ausgefochten werden

Berlin. Das Politbüro des Parteivorstandes der SED nimmt in einem Aufruf an das deutsche Volk zu der Kriegshetze und den Kriegsvorbereitungen der Westmächte Stellung. „Gegenüber der gesteigerten Kriegshetze und den unmittelbaren Kriegsvorbereitungen der Westmächte mit der damit verbundenen drohenden Gefahr eines neuen Krieges“, so heißt es in der Erklärung, „begrüßt das Politische Büro des Parteivorstandes der SED die Erklärungen der Führer der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Großbritanniens, die sie im Namen ihrer Völker für den Fall eines Krieges mit der Sowjetunion abgegeben haben.“

Auch das deutsche Volk ist verbunden mit allen Völkern, die die Kriegshetze gegen die Sowjetunion bekämpfen. Das deutsche Volk muß sich dabei bewußt sein, daß ein neuer Krieg vorwiegend auf deutschem Boden ausgefochten und dabei der Rest von Deutschland zerstört würde, der nach dem zweiten Weltkrieg noch übrig blieb.

Die Sowjetunion ist keine Aggressorin, sondern die stärkste Friedensmacht der Welt. Daher ruft das Politbüro der SED das deutsche Volk auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegshetze und die Kriegsvorbereitungen der Westmächte gegen die Sowjetunion zur Wehr zu setzen. Im Falle einer Aggression, so endet der Aufruf, „muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die sowjetischen Armeen bei der Wiederherstellung des Friedens unterstützen.“

### Wesentlicher Vorschlag zur Verständigung

Berlin (UT). Die Atomenergie-Kommission der UN ist von der Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler aufgefordert worden, den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Plan einer internationalen Atomkontrolle und des gleichzeitigen Verbotes der Atomwaffen eingehend zu prüfen. Der sowjetische Vorschlag wird in dem Schreiben der Vereinigung an die Atomenergie-Kommission als ein „wesentlicher Vorschlag zur Verständigung“ bezeichnet. Das Schreiben trägt die Unterschrift des Professors für Physik an der Universität Jowa und Vorsitzenden des Beratungsausschusses der Vereinigung, Dr. Artur Robert.

Moskau. Die „Prawda“ kritisierte in einem Artikel, der zu den Arbeiten der Atomkommission Stellung nimmt, das unehrliche Spiel der Engländer und Amerikaner. Der englisch-amerikanische Block halte sorgfältig alle Informationen über Atomwaffen geheim, sei jedoch darauf aus, geheime Nachrichten über die militärische Stärke aller Staaten der Welt, vor allem jedoch der Sowjetunion und der Volksdemokratien zu erlangen. Offensichtlich dienten diese Nachrichten dem englisch-amerikanischen Block zur Vorbereitung für einen neuen Krieg. Ein solches Verhalten habe mit den Friedensinteressen und der Sicherheit der Völker nichts gemein.

### Imperialistische Methoden

Washington. Die USA bemühen sich seit längerer Zeit vergeblich, von Mexiko die Er-

### Kurz berichtet

Die Abgabe des „Notopfers Berlin“ auf Postsendungen wird auch für die Monate März und April 1949 in der Bizone beibehalten.

Der erste offizielle jüdische Auswanderertransport aus dem Lager Bergen-Belsen bei Hannover brachte am 28. Februar etwa 1000 Juden nach Marseille; von wo aus sie nach Haifa transportiert werden.

500 Jugendliche des Landes Sachsen werden in diesem Jahr zu Traktorenführern ausgebildet.

20 000 Lehrlinge haben sich in Sachsen-Anhalt bisher zur Teilnahme an dem von der FDJ organisierten Berufswettbewerb der deutschen Jugend gemeldet.

Der gesamte Gemeinderat von Bergen (Lippe) sowie der Bürgermeister und sein Stellvertreter wurden zu zehn Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie sich der Einweisung von Flüchtlingen widersetzen.

Beschwerdestellen für die Bevölkerung wurden in allen Kreisen und Ländern der Ostzone eingerichtet.

Die Krankenhäuser der Westsektoren Berlins wurden auf Anweisung der alliierten Kommandantur für Patienten aus dem Ostsektor gesperrt.

Die Verluste der Emdener Seeschiffahrt im zweiten Weltkrieg belaufen sich auf rund 100 Millionen Dollar.

Die Zahl der Arbeitslosen in Holland erhöhte sich im Januar um 14 000 auf 80 000.

Das USA-Heeresministerium will die USA-Streitkräfte in Alaska verdoppeln.

Der Marine-Ausschuß der amerikanischen CIO-Gewerkschaft forderte die Regierung auf, Deutschland an der Ausführung gewisser Schiffbau-Aufträge zu hindern.

laubnis zu erhalten, auf mexikanischem Hoheitsgebiet militärische Stützpunkte zu errichten. Auf die konsequente Weigerung Mexikos hin haben die USA nunmehr wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen eingeleitet.

### Französische Offiziere wegen „Spionage“ verhaftet

Paris. Zwei linksstehende französische Offiziere, Commandant Teulery und Capitaine Aréma wurden am Montag unter dem „Verdacht der Spionage“ verhaftet.

## Clay will Nazi-Konzernherrschaft ans Ruder bringen

„Erfolgreiche Geschäftsmänner“ der Nazizeit als Treuhänder der Ruhrstahlindustrie

Frankfurt. Mindestens ein Viertel der deutschen Treuhänder der Ruhrstahlindustrie, deren Ernennung in etwa 8 Tagen durch die Militärregierung erfolgen wird, werden unter den maßgebenden Männern der früheren „Ruhr“ ausgewählt, erklärte General Clay auf einer Pressekonferenz. Die Tatsache, daß jemand in der Nazizeit ein erfolgreicher Geschäftsmann gewesen sei, mache ihn für ein solches Amt noch nicht ungeeignet.

Ueber die von deutscher Seite für den Stahl-treuhandausschuß vorgeschlagenen Persönlichkeiten werden sich die Militärbehörden, wie Clay betonte auf keine Diskussion einlassen. Die von Oberdirektor Dr. Pünder eingereichte Vorschlagsliste, die wie andere zur Zeit geprüft wird, führt Meldungen zur Folge u. a. sieben Großindustrielle, sowie je einen Juristen und einen Bankier, auf, die unter dem Nazistystem gearbeitet haben.

Den deutschen Konzernherren soll also unter dem Deckmantel des Treuhandausschusses ihre ehemalige Machtstellung wieder übergeben werden, die sie zum Verderben des deutschen Volkes, für den Sturz der Demokratie, und zur Vorbereitung sowie Durchführung des schrecklichen Krieges mißbrauchten. Dies steht im schroffen Gegensatz zum Willen des deutschen Volkes, eine friedliche demokratische Republik aufzubauen und widerspricht den frü-

Am Dienstag fanden in Paris weitere Verhandlungen linksstehender Politiker statt. Der französische Informationsminister erklärte dazu, die Regierung beabsichtige nicht, gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs im Gesamten vorzugehen. Es würden nur solche Personen verhaftet, die „die Geheimhaltungsvorschriften in Verteidigungsfragen verletzen oder die Moral der Armee untergraben“.

Hierzu schreibt die „Humanité“: Außerstände, uns zu antworten und die ungeheure Bewegung für den Frieden aufzuhalten, möchte die dem Ausland hörige Polizeiregierung durch Unterdrückungsmaßnahmen festen Boden unter die Füße bekommen, indem sie es mit Ablenkungsmanövern und den klassischen Polizeiprovokationen versucht. Denn Krieg und Verrat sind erst möglich, wenn die, die die Wache halten, niedergeschlagen sind. Die Gegner des Krieges zählen aber heute schon nach Millionen.

heren Versicherungen der angloamerikanischen Regierungen. Schroffer kann der Gegensatz zwischen der sowjetischen Friedenspolitik und der Kriegsplänen der Imperialisten nicht aufgezeigt werden. Diese Mächtschaften beweisen, daß die Entnazifizierung nur eine Komödie auf Kosten der kleinen Pgs. war.

### Tritt Clay zurück?

Washington. Der Rücktritt General Clays als Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone scheint neuen Meldungen zufolge kurz bevorzustehen. Der USA-Heeresminister Royall erklärte am Montag nach einer Unterredung mit Präsident Truman, General Clay wüßte von seinem Posten zurückzutreten. Clay habe nach einem über dreißigjährigen Dienst in der amerikanischen Armee ein Anrecht auf den Ruhestand.

## Erfolg durch Streikentschlossenheit

Stuttgarter Arbeiter setzen Lohnforderungen durch — Straßenbahner wollen streiken

Stuttgart. In Verhandlungen mit den zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen in Württemberg-Baden ist es der Gewerkschaft Öffentliche Dienste und Verkehr gelungen, eine Ueber-einkunft in folgenden Punkten zu erzielen, die jedoch noch der Zustimmung der Regierung, des Kommunal-Verbandes und des Gewerkschaftsvorstandes bedarf: Die bereits für die kommunalen Angestellten gültige Beseitigung der 6prozentigen Gehaltskürzung auf Grund der Brüningschen Norverordnung soll auch auf die staatlichen Angestellten ausgedehnt werden; der Mindest-Stundenlohn für Arbeiter in staatlichen Betrieben und Verwaltungen soll von 63 auf 75 Pfennig erhöht werden; für die Monate Februar und März soll den Arbeitern und Angestellten eine Ueberbrückungsbefreiung von 17 bis 20 DM monatlich, und den Beamten der Besoldungsgruppen 11 bis 5a eine monatliche Teuerungszulage in gleicher Höhe bezahlt werden.

Diese Ueber-einkunft ist in erster Linie der festen Haltung der städtischen Arbeiter und Angestellten Stuttgarts zu verdanken, die sich im Falle der Nichtannahme ihrer Forderungen mit über 85 Prozent für den Streik entschieden hatten.

Freiburg. Wie in der letzten Stadtrats-sitzung berichtet wurde, sind gegenwärtig mit

den Angestellten und Arbeitern der Städtischen Straßenbahnen Tarifverhandlungen im Gange, die deren Forderung nach Lohnerhöhung befriedigen sollen. Bei Nichterfüllung ihrer Wünsche sind die Straßenbahner entschlossen, zu streiken.

### Vor Streik in Ludwigshafen

Ludwigshafen. In der letzten Betriebs-versammlung des Personals der Straßenbahn Ludwigshafen wurde beschlossen, für eine 20prozentige Erhöhung der Löhne und eine Gehaltserhöhung gestaffelt von 8 bis 20 Prozent für die unteren Gehaltsstufen gemeinsam zu kämpfen. Nachdem 90,5 Prozent der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe in Mannheim beschlossen haben in den Streik zu treten, falls ihre Mindest-Forderungen abgelehnt werden, erklären sich die Straßenbahner mit den Mannheimer Kollegen solidarisch.

Auch bei Halberg und in vielen anderen Betrieben und Büros in Rheinland-Pfalz gärt es. Die Arbeiter und Angestellten sind nicht mehr gewillt, sich noch länger mit leeren Versprechungen abspesen zu lassen. In allen Betrieben rüsten die Werktätigen zum Kampf für ihre berechtigten Forderungen.

## Erneute Preissenkungen in der Sowjet-Union

Moskau. Der Ministerrat der Sowjetunion und das Zentralkomitee der KPdSU beschlossen ab 1. März die Preise für sämtliche Nahrungsmittel und gewerblichen Erzeugnisse erneut herabzusetzen. Die Preissenkung beträgt 10 Prozent bei Brot, Fleisch, Butter, Tabak usw. und 10 bis 15 Prozent bei Bekleidungsgegenständen und Schuhen.

In der gesamten sowjetischen Presse wird in Leitartikeln auf die außerordentliche Bedeutung dieses Beschlusses für die werktätige Bevölkerung hingewiesen. So schreibt die „Prawda“, die Bereitschaft der Werktätigen in der Sowjetunion zur vorfristigen Erfüllung des Fünfjahresplanes sei dadurch erneut gestärkt worden. Der „Beschluss beweise die

Ueberlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung und werde ein weiteres Ansteigen des Lebensstandartes für die Arbeiter mit sich bringen.

Wie der Korrespondent der Nachrichtenagentur Telepress berichtet, entwickelte sich nach der neuen Preissenkung in der Sowjetunion in allen Geschäften eine rege Verkaufstätigkeit.

## Wir fordern Aufhebung des Urteils gegen Max Reimann

Der Landesvorstand der VVN Badens erhebt schärfsten Protest gegen die Verurteilung unseres Kameraden Max Reimann durch ein britisches Militärgericht. Als Kämpfer gegen Krieg und Faschismus stand Reimann in vorderster Reihe und wurde während des Hitlersystems viele Jahre in Haft gehalten. Die Verfolgten des Naziregimes in Südbaden betrachten mit Besorgnis die Entwicklung in Deutschland und müssen feststellen, daß Kriegsverbrecher wie Schacht, Papen u. a. sich der Freiheit erfreuen, während Max Reimann einer der aktivsten Kämpfer für den Frieden und für die Demokratisierung Deutschlands, durch ein britisches Militärgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die unter dem Druck der Proteste aus allen Kreisen der Bevölkerung zustande gekommene Freilassung stellt noch keine Sicherung seiner persönlichen Freiheit dar.

Im Namen der Verfolgten des Naziregimes Südbadens fordern wir daher die sofortige Aufhebung des Urteils gegen Max Reimann.

## Vaterlandsverräter?

Aus dem geschichtlichen Ablauf der letzten 30 Jahre ziehen heute die Völker ihre Lehren. Immer klarer und erkennbarer tritt für sie die Rolle der Sowjetunion als stärkste Friedensmacht der Welt hervor. Deshalb entscheidet die Haltung, die man der Sowjetunion gegenüber einnimmt, ausschließlich über fortschrittliche oder reaktionäre Gesinnung, über Kriegshetze oder Friedenswillen.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Friedenskräfte auch in den westlichen Ländern immer stärker werden und ein Bollwerk gegen die kriegerischen Pläne des amerikanischen Weltimperialismus bilden, richtet sich die schmutzige Flut der Verleumdungen und Verfolgungen gegen diese Friedensverteidiger. Genau so, wie in Amerika ein Prozeß gegen die führenden Mitglieder der Kommunistischen Partei inszeniert wurde, wie Max Reimann, weil er gegen die koloniale Versklavung durch das Ruhrstatut und für den Frieden kämpft, eingesperrt wurde, genau so sollen die Männer in Frankreich, die den entscheidenden Anteil an der Befreiung ihres Vaterlandes vom faschistischen Joch tragen, angeklagt werden.

Die Erklärung Maurice Thorez über die Haltung seiner Partei im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion, ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Werktätigen Frankreichs, sondern für alle Friedensfreunde. Er stellte fest, daß die imperialistischen Mächte einen neuen Krieg als Ausweg aus der drohenden amerikanischen Krise vorbereiten, und daß „das französische Volk gemeinsam mit Deutschen und Spaniern als Kanonenfutter dienen soll“. Demgegenüber stellte er den grundsätzlichen Friedenswillen der Sowjetunion fest. „Sozialismus bedeutet Frieden“, erklärte Thorez, „und deswegen werden alle Franzosen, die die Freiheit und den Frieden lieben, in dem Falle, daß es ihnen nicht gelingen sollte, das Land in das Lager der Demokratie und des Friedens zurückzuführen, sondern das Volk gegen seinen Willen in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineingezogen würde, die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wenn unter diesen Umständen die Sowjetarmee die Interessen der Völker, die Sache des Sozialismus, verteidigen genötigt würde, bei der Vertreibung der Aggressoren unser Land zu betreten, könnten sich dann die französischen Werktätigen und das französische Volk gegenüber der Sowjetarmee anders verhalten als die Werktätigen und das Volk in Polen, Rumänien, Jugoslawien usw.“

Diese Erklärung von Maurice Thorez muß insbesondere auch von allen Deutschen anerkannt werden. Alle friedliebenden Kräfte müssen bereits jetzt klar und deutlich erklären, daß sie es ablehnen, das Kanonenfutter für die anglo-amerikanischen Kapitalisten zu stellen. Für uns Deutsche ist diese Frage gerade deswegen so entscheidend, weil, wie der Aufruf des Politbüros der SED zutreffend feststellt, ein neuer Krieg vorwiegend auf deutschem Boden ausgefochten würde. Was uns dann bevorstände, hat die französische Zeitung „Le Monde“ mit unmißverständlicher Klarheit ausgesprochen. Sie schrieb am 15. Februar: „Auf alle Fälle würde Deutschland als Schlachtfeld dienen, seine Städte und Gebiete würden noch mehr verwüstet als im letzten Kriege“.

Wer verrät nun die wirklichen Interessen seines Vaterlandes? Die Reaktion, die den Krieg vorbereitet, oder die Kommunisten und fortschrittlichen Menschen, die den Kampf gegen die Kriegshetzer führen und sich bewußt und konsequent auf die entscheidenden Friedenskräfte, die Sowjetunion und die Volksrepubliken stützen?

Die Entscheidung liegt klar, auch für uns Deutsche. Wenn wir nicht in das vollkommene Chaos hineingleiten wollen, dann müssen wir in Gemeinschaft mit allen Fortschrittskräften der Welt den Kampf um die Erhaltung des Friedens und damit den Kampf um die Erhaltung unserer nationalen Existenz und unserer Zukunft führen. Das Bewußtsein der Ueberlegenheit dieser Friedenskräfte gibt uns die unbedingte Zuversicht für den erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes.

## Schicksal Kehls erzeugt nach wie vor Meinungsverschiedenheiten

London. In offiziellen Kreisen Londons hat die am Dienstag abgegebene Erklärung des französischen Außenministers Schuman, die drei Westmächte hätten eine völlige Ueber einstimmung über das Besatzungsstatut erzielt, großes Erstaunen ausgelöst. Dies veranlaßte Schuman noch in den späten Abendstunden des Dienstag zu einem Rückzieher, wobei er klarstellte, daß zwischen den drei Westmächten nach wie vor noch Meinungsverschiedenheiten beständen, besonders im Hinblick auf das Schicksal der Stadt Kehl.

## Schweres Unwetter über Deutschland

Berlin. In der Nacht von Montag auf Dienstag herrschte über ganz Deutschland ein orkanartiger Schneesturm. An der Ost- und Nordseeküste sowie in West- und Süddeutschland wurden starke Schäden verursacht. Vor allem die Hafenstädte der Ostsee wurden schwer betroffen. In Wismar steht das gesamte Hafengebiet unter Wasser. Der Rostocker Hafen mußte geräumt werden. Die Stadt Warnemünde muß teilweise evakuiert werden, da das Wasser noch weiter steigt.

Der Generaldirektor der Eisenbahnen der Sowjetzone entsandte sofort zwei Hilfszüge zur Unterstützung der Evakuierungsaktion. Außerdem wurden Bauzüge zur sofortigen Beseitigung der größten Schäden eingesetzt. Nach bisher vorliegenden Meldungen aus Westdeutschland und Berlin forderte der Sturm 24 Tote und 9 Verletzte. In den bombengeschädigten Städten stürzten zahlreiche Ruinen ein.

## Schacht schreibt Leitartikel

Hamburg. Hjalmar Schacht wurde von der britisch lizenzierten Zeitschrift „Die Zeit“ mit der Abfassung des Leitartikels für die Ausgabe vom 24. Februar beauftragt. Der Reichsbankpräsident Hitlers sprach sich darin für die Wirtschaft- und Finanzpolitik der Amerikaner aus. Das allein sollte jedem, der sich noch an die katastrophalen Folgen früherer Schacht'scher Ratschläge für das deutsche Volk erinnert, Grund zum Nachdenken sein.

Stuttgart. Das württembergische Befreiungsministerium hat das Urteil der Zentralspruchkammer Ludwigsburg gegen Hilers Reichsbankpräsident Dr. Schacht erneut aufgehoben. Schacht war im dritten Verfahren erneut zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Das Spiel um Dr. Schachts Entnazifizierung wird damit nachgerade zum Skandal.

## Handel hält an hohen Preisen fest

Karlsruhe. Während der größte Teil der Bevölkerung Mangel an Kleidung leidet, muß die Preisüberwachungsstelle für Nordbaden feststellen, daß ein „Ueberangebot“ von Fertigungsgüter auf dem Textilmarkt vorhanden sei. Der Groß- und Einzelhandel sei mit äußerster Hartnäckigkeit bestrebt, die hohen Preise unter allen Umständen zu halten.

## Im Griechenland des Marshallplans

Belgischer Rechtssozialist schildert seine Reiseindrücke

Die fortschrittlich demokratische Presse hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß in dem Teil Griechenlands, wo Truman-Doktrin und Marshallplan herrschen, mit amerikanischen Waffen und Militärs ein monarcho-faschistisches Regime gestützt wird, um den Kampf des griechischen Volkes gegen die amerikanischen Kolonisatoren blutig zu unterdrücken. Diese Stellungnahme mußte Viktor Larock, Mitglied der Sozialistischen Partei Belgiens und Chefredakteur des Brüsseler „Peuple“ in seinem Bericht über eine Reise durch Griechenland bestätigen. Er gehörte einer Delegation des „Comiso“ an, der internationalen Organisation der rechtssozialistischen Parteien in den Marshallplanländern. Sein Bericht ist daher von besonderem Interesse.

Larock berichtet, die Lage sei seit Dezember 1944 nie so kritisch gewesen wie heute. Das Standrecht regiere. Jede Ansammlung von mehr als drei Personen werde mit Gefängnis bestraft, das Versammlungsrecht sei aufgehoben und die von der Regierung geduldeten oppositionellen Zeitungen würden mit Hilfe der Polizei boykottiert. Die Zahl der „Verdächtigen“ nehme jeden Tag zu und entsprechend die der Verhaftungen. Standgerichte seien überall eingerichtet.

Jeder Verwaltungsakt, ob es sich um die Bestätigung eines Arbeitsvertrages oder die simple Meldung eines Wohnungswechsels handle, müsse mit der Loyalitätserklärung gegenüber der Regierung verbunden werden. Seit 1947 wurden aus politischen Gründen über 2000 Todesurteile vollstreckt, während die Zahl der politischen Häftlinge und Deportierten über 30 000 beträgt. Besonders wendet sich Larock gegen die Rechtsprechung der Standgerichte, die nach unkontrollierbaren und unkontrollierten politischen Richtlinien arbeiten. Gewerkschaften seien in der Hand der Polizei, die bei Wahlen alle unerwünschten Kandidaten ausmerze und nur Personen zulasse, die das besondere Vertrauen der

## Währungs-Chaos in Kuomintang-China

Berlin. (UT) Der Währungswirrwarr in den von der Kuomintang-Regierung kontrollierten Teilen Chinas steigert sich von Woche zu Woche. Neuerdings verweigern in verschiedenen Städten Süd-Chinas sogar die Kuomintang-Behörden die Annahme von Gold-Yuan-Noten der Kuomintang-Regierung. Vier südchinesische Provinzen geben eine neue gemeinsame Währung heraus und die Bank auf Formosa hat aufgehört, private oder geschäftliche Überweisungen vom Festland nach der Insel zu bearbeiten. Alle Proteste der werktätigen Bevölkerung, die durch die chaotischen Währungszustände ihrer Mittel beraubt ist, werden brutal unterdrückt. In Yuenan ließ der Provinzgouverneur 21 Personen hinrichten, die an einer Protestdemonstration gegen die Außerkurssetzung der 50-Yuan-Noten teilgenommen hatten.

Wie die Agentur „Neues China“ meldet, sind im befriedeten Tientsin die Gold-Yuan-Noten kürzlich in Noten der Volksbank umgetauscht worden. Arbeiter, Angestellte und Studenten erhielten ihre Mittel zu einem besonderen Kurs umgewechselt.

## Bäckerstreik in New York

Berlin. (UT) Etwa 1500 Kraftfahrer und 6000 andere Angestellte in sechs New Yorker Großbäckereien, die die Stadt zu 70 Prozent mit Brot und Kuchen versorgen, sind in den

## FDGB im Weltgewerkschaftsbund aufgenommen

Anerkennung für die demokratischen Kräfte Deutschlands

Berlin. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der sowjetischen Besatzungszone ist auf Beschluß des Exekutivbüros des WGB mit Wirkung vom 1. Januar 1949 in den Weltgewerkschaftsbund aufgenommen worden.

Damit gehören die deutschen Werktätigen einer gewaltigen internationalen Organisation an, die 80 Millionen Mitglieder umfaßt. Der konsequente Kampf und die Erfolge des FDGB beim demokratischen Aufbau in der sowjetischen Zone haben dem FDGB das Vertrauen der Werktätigen der Welt eingebracht. Mit großer Freude und voll Stolz dürfen die deutschen Arbeiter, auch im Westen, diesen Beschluß begrüßen, der sie zugleich verpflichtet, mehr noch als bisher den Kampf um die Demokratisierung des gesamten Deutschlands zu führen.

Um dieses historische Ereignis zu würdigen, veranstaltet der FDGB in den Betrieben der Ostzone Versammlungen. In einer Erklärung der Kumpels des Braunkohlenreviers Halle-Merseburg heißt es, daß die Aufnahme in den WGB die Anerkennung der deutschen demokratischen Kräfte bedeutet. Als einen großen Schritt vorwärts bei der Eingliederung des deutschen Volkes in den Kreis der friedliebenden Nationen bezeichnet der Innenminister von Sachsen-Anhalt den Beschluß des WGB.

## Gesteigerter Außenhandel der Ostzone

Berlin. Der Außenhandel der sowjetischen Besatzungszone hat eine starke Ausdehnung erfahren. Zur Zeit werden Handelsverbindungen mit 13 europäischen Staaten unterhalten. Das bedeutet im Vergleich zu 1947 eine Steigerung des Außenhandels um 32,5 Prozent, obwohl im Sommer 1948 auf Befehl der westlichen Besatzungsmächte der Handel mit den Westzonen eingestellt werden mußte.

## Falschmeldung über Grubenunglück

Berlin. Die Bergbaugewerkschaft der Ostzone dementiert alle Meldungen über ein angebliches Grubenunglück im Wolfs-Schacht der Mansfelder Erzbergbaubetriebe. Der letzte tödliche Unfall in dieser Schachtanlage habe sich im Juli 1947 ereignet.

## Spionage zu Gunsten der USA

Oeffentlicher Prozeß gegen fünfzehn bulgarische evangelische Geistliche

Sofia. Vertreter mehrerer Botschaften und Gesandtschaften, unter ihnen die der USA und Großbritanniens, sowie die Korrespondenten der Auslandspresse wohnen dem Prozeß gegen 15 bulgarische evangelische Geistliche bei, die wegen Spionage, Landesverrat und Devisenschmuggel unter Anklage stehen. Die bisher Vernommenen bekannten sich schuldig und schilderten im einzelnen ihre Tätigkeit.

Der Angeklagte Tschernoff machte ausführliche Angaben über die Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Persönlichkeiten, u. a. dem Chef der amerikanischen politischen Mission, Barnes, und dem Leiter der britischen Militärmission, General Oxly. Der Präsident des reformierten Kirchenrates, Cockburn (Genf), habe die bulgarischen Pastoren anlässlich eines Besuches in Bulgarien aufgefordert, Vorwände für eine Intervention des Auslandes zu schaffen. Mihailoff-Naumoff schildert eingehend, wie oft er mit den übrigen Angeklagten und Ausländern in Berührung gekommen ist, insbesondere mit Cyrill Black, einem Mitglied der amerikanischen Gesandtschaft. Black hatte ihn dazu veranlaßt, Informationen zu sammeln.

Der methodistische Pastor Iwanoff gestand, bereits im Januar 1940 mit einem höheren amerikanischen Geistlichen in Verbindung getreten zu sein und diesem auf Verlangen Auskünfte über militärische Angelegenheiten Bulgariens erteilt zu haben. Der Angeklagte Vassev gab zu, schon 1938 für die Deutschen Informationen gesammelt zu haben.

Alle Angeklagten erkannten die anständige Behandlung durch die Beamten der Sicherheitspolizei an und legten Wert auf die Feststellung, ihre Auffassung vom Kommunismus habe sich grundlegend geändert. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

## Militärs regieren die USA

Washington. Der Nationalrat gegen den Militärdienst, dem Persönlichkeiten wie Einstein, und die Schriftsteller Louis Bromfield und Pearl Buck angehören, brachte eine Broschüre heraus, in der gegen den Versuch der amerikanischen Militärs, auf alle Gebiete des nationalen Lebens der USA Einfluß zu gewinnen, Stellung genommen wird. Noch niemals in der amerikanischen Geschichte hätte die Armee, wie es in der Broschüre heißt, über so viel Geld verfügt, hätten so viele Offiziere oder ehemalige Offiziere so bedeutende Regierungsstellen bekleidet oder Militärs auf die Gestaltung des nationalen Lebens so großen Einfluß gehabt, wie gerade jetzt. Die Wirtschaft des Landes sei diesen Kreisen auf Geheiß und Verberb ausgeliefert.

## Pressestimmen

Viermächteabkommen wäre endgültiger Triumph der Luftbrücke

Wenn Mr. Bevin auch recht hat, diesen Anlaß (den Transport der millionsten Tonne, D. Red.) dazu zu benutzen, all denen zu gratulieren, die zum Gelingen der Berliner Luftbrücke beigetragen haben, so ist es doch auch klug, sich daran zu erinnern, daß diese keine dauernde Lösung darstellt. Selbst wenn die Berliner Bevölkerung, dazu verdammt, ewig von Konservenfleisch und Trockenkartoffeln, mit ungenügendem Hausbrand und Licht zu leben und zu arbeiten, ihren bewundernswürdigen Mut und ihre Ausdauer aufrecht erhalten könnte, dann könnte kein verantwortlicher Staatsmann diese Lösung annehmen. Die Gefahren eines Zusammenbruches sind zu groß, die Gelegenheiten zu weiterem Mißgeschick zu zahlreich. Der Bericht des technischen Komitees des Sicherheitsrates über die Berliner Währung wurde nun zu Ende gebracht und wird in Kürze eine neue Gelegenheit bieten, das Berliner Problem zu diskutieren. Der endgültige Triumph der Luftbrücke wäre erreicht, wenn es diesmal den vier Mächten gelingen würde, ein Abkommen zustande zu bringen.

(„The Times“, 19. 2. 1949)

Ruhrbehörde kann die ganze deutsche Wirtschaft kontrollieren

In einer solchen Behörde, die so einseitig zusammengesetzt ist, wird die Stimme eines deutschen Vertreters kaum berücksichtigt werden, er wird nur die Rolle eines Statisten übernehmen können. Wie die deutschen Bedürfnisse dabei berücksichtigt werden, beweist am besten der Inhalt dieses Ruhrstatuts. Die Ruhrbehörde kann nach Artikel 15 die ganze Wirtschaft kontrollieren, sie kann auch Maßnahmen, Abmachungen oder ein bestimmtes Vorgehen, das die Bewegung der Kohle, des Koks und des Stahls betrifft, wenn der Welthandel beeinträchtigt wird, anordnen, daß derartige deutsche wirtschaftliche Vereinbarungen abgeändert oder aufgehoben werden. Man wird also den deutschen Außenhandel nur bedingt

## Politik am Rande

Feinlich, Herr Professor

Die englische Zeitung „Manchester Guardian“ schreibt, daß der Berliner Oberbürgermeister, Professor Reuter, bei seiner Westreise versucht habe, auf die westlichen Alliierten einen Druck auszuüben, den interalliierten Streit zu verlängern. Er scheint weniger bereit zu sein, als die westlichen Alliierten, eine Zeit ins Auge zu fassen, wo die Berliner Luftbrücke nicht mehr notwendig sein werde. Das Blatt nennt verschiedene Äußerungen Reuters taktlos und spricht von Goebbelschen Propagandamethoden zur Verschärfung des Konfliktes zwischen Rußland und den Westmächten.

Also sind es nicht nur die bösen Kommunisten, die Reuter und Konsorten als Kriegshetzer und die Luftbrücke als Manöver bezeichnen.

## „Die Handschrift des Siegers“

In der britisch sizenzierten Zeitung „Sozialdemokrat“ veröffentlicht der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Nölting (SPD), eine Stellungnahme zum Ruhrstatut, in der er sagt, daß dieses eindeutig die Handschrift des Siegers trage.

Die Ruhrkontrollbehörde würde nach dem jetzigen Statut über neun Zehntel des deutschen Kohlenbergbaues, über 85 Prozent der Eisen- und Stahlerzeugung und 65 Prozent der Eisen- und Stahlgießereien gebieten. Damit hätten die Westmächte die Hand am Stelwerk der deutschen Wirtschaftspolitik. (Was die SPD nicht hindert, am Ruhrstatut mitzuarbeiten, — allerdings (?), um ihm „mit der Zeit die schlimmsten Giftzähne auszubrechen“.)

## Clays demokratische Auffassung

Auf die Frage eines Zeitungskorrespondenten, was geschehen würde, wenn deutsche Beamte aus Protest gegen das von ihm und General Robertson erlassene Beamtengesetz in Streik treten würden; sagte General Clay, seine Antwort sei die gleiche wie zur Frage des Schmuggels in Westdeutschland: Es seien noch amerikanische Truppen in Deutschland.

## Späte Einsicht

Nach einer kürzlichen Meldung der Landeszeitung Sachsen der CDU, „Die Union“, sprach sich der Vorsitzende der bayrischen CSU und stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Müller, auf einer Kundgebung für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion aus, daß Westdeutschland auf die Exportlieferungen des Ostens und Südostens nicht verzichten könne. Deutschland dürfe auf keinen Fall mit einem Krieg rechnen. Dabei sei eine Verständigung mit der Sowjetunion unbedingt nötig und wichtig.

## Omnibusfahrten zur Leipziger Messe

Karlsruhe. Von Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim fahren am 5. März Omnibusse nach Leipzig und am 10. März wieder zurück. Da bereits jetzt schon alle Plätze in den zum Verkehr vorgesehenen Omnibussen ausverkauft sind, soll ihre Zahl noch vermehrt werden.

Eine kombinierte Geschäftsreise per Bahn und ab Fulda mit Omnibus geht am 7. März um 4.45 Uhr von Karlsruhe (D 85) ab. Rückfahrt erfolgt am 13. März.

Von Koblenz aus verkehrt ebenfalls ein Omnibus nach Leipzig. Die Kosten für die Hin- und Rückfahrt betragen 65 DM.

Regierung hätten. Dabei sei die wirtschaftliche Lage katastrophal: gegenüber der Vorkriegszeit sind die Lebenshaltungskosten um 25 000 Prozent gestiegen, die Löhne und Gehälter dürfen seit Ende 1947 nicht erhöht werden und haben heute im Durchschnitt etwa 45—70 Prozent der Vorkriegskraft.

Der Schluß des Berichtes zeigt, daß die Rechtssozialisten, indem sie sich zu Werkzeugen des Marshallplanes erniedrigen, auch völlig die Geisteshaltung des amerikanischen Großkapitals angenommen haben. Larock hat in Griechenland Anschauungsunterricht darin erhalten, was die Parole von der „Verteidigung der abendlichen Kultur“ in Wirklichkeit bedeutet. Er findet jedoch lediglich Worte des Bedauerns für die Haltung der Athener Regierung, die, wie er meint, dadurch das Ansehen des von ihr geführten Kampfes „gegen die kommunistischen Aufständischen“ gefährde. Dies beweist erneut, daß die Rechtssozialisten jeglichen Anspruch darauf verwirkt haben, sich Sozialisten und Verteidiger der demokratischen Freiheiten der Völker zu nennen.

## Auch Italien muß Marshallplan bezahlen

Rom (UT). Die Marshall-Planverwaltung in Italien hat mit der Veröffentlichung ihres offiziellen Organs „Marshall-Plan“ begonnen. Um die Kosten für die amerikanischen Herausgeber zu sparen, hat die Marshall-Plan-Verwaltung die Ausgabe von italienischen Sonderbriefmarken mit dem Aufdruck „Marshall-Plan“ angeordnet. Der italienische Staat, der nach dem Gesetz das Monopol für die Emission von Briefmarken besitzt, muß auf diese Weise künftig das Reklameorgan der Marshall-Plan-Verwaltung finanzieren und gleichzeitig durch den Vertrieb der Briefmarken zur Popularisierung des Marshall-Planes im In- und Auslande beitragen.

Streik getreten. Die Streikenden verlangen eine Lohnerhöhung von 10 Dollar in der Woche und die Einführung der Fünf-Tage-Woche anstelle der gegenwärtig geltenden Sechstage-Woche.

## Streik in Florenz

Florenz. Die Arbeiter und Angestellten der beiden größten optischen Werke der Stadt sind gegen die Absicht der Unternehmer, die Betriebe zu schließen, in den Streik getreten.

## Ausnahmerecht in Indien

Madras. Anlässlich des angekündigten Streiks der Eisenbahn-, Post- und Telegrafnarbeiter hat die indische Regierung über die Provinz Madras den Ausnahmezustand verhängt. Arbeitern, die sich an Streiks in Eisenbahn-, Post- und Telegrafnbetrieben sowie in Rüstungsfabriken beteiligen, sind strenge Strafen angedroht worden.

## Holländische Rückgabeforderungen

Frankfurt. Fünf der modernsten deutschen Fischdampfer werden auf Anweisung der britischen Kontrollkommission an Holland ausgeliefert. Sie gehören zu einer aus 20 Schiffen bestehenden Fischdampferflotte, die während des Krieges mit deutschem Material auf holländischen Werften gebaut wurden.

# West-Berlin wird dem kalten Krieg geopfert

## Geheimbericht bringt es an den Tag — Völliger Verfall der westberliner Finanzen oder stetiges Ansteigen der Unterstützungslast Westdeutschlands

Einen aufschlußreichen Blick hinter die Kulissen der westdeutschen und westberliner Politik gestattet ein streng vertraulicher Bericht des Wirtschaftsinstituts für In- und Ausland in München, mit dem sich ein Kommentator des Berliner Rundfunks beschäftigte. Der Geheimbericht stützt sich auf Verhandlungen, die Dr. Friedensburg, Klingelhöfer und Haas Ende Januar in Frankfurt geführt haben.

Der amerikanische Stadtkommandant in Westberlin durch große Westmarkinjektionen recht erhalten. Injektionen jedoch erhalten

Die streng vertrauliche Münchener Denkschrift bestätigt dieses Bild. Die Produktion in Westberlin, so heißt es dort, erdrosselt nur noch 30 Prozent des Standes von 1936. Der Fehlbetrag im westberliner Haushalt betrug für die letzten vier Monate des vergangenen Jahres 354 Millionen Mark, was einem Jahresdefizit von über einer Milliarde Mark entsprechen würde. Die Ursachen für diese katastrophale Entwicklung der westberliner Finanzen ergeben sich aus der Tatsache, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer in Westberlin im letzten Halbjahr 1948 gegenüber den sechs Monaten vorher um 60 Prozent, aus der Umsatzsteuer um 55 Prozent und aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sogar um rund 85 Prozent gefallen sind.

Gegenüber diesen immer weiter schrumpfenden Steuereinnahmen stehen wachsende Ausgaben auf allen Gebieten. An ihrer Spitze nennt der Bericht 140 Mill. Mark, die im vergangenen Vierteljahr für Besatzungskosten der Westmächte zu tragen sind. Es folgen 34 Mill. Mark für Arbeitsausfallunterstützungen. Außerdem muß der Westmagistrat monatlich 15 Mill. Westmark umtauschen, was ein glattes Verlustgeschäft von etwa 35 Mill. Mark zu Gunsten privater, völlig unkontrollierter Unternehmenseinheiten bedeutet. Schließlich erhält die Westberliner Verwaltung von der Außenhandelskasse Westdeutschlands für eingeführte Lebensmittel monatlich 53 Mill. Westmark kreditiert, wofür jedoch nur 44 Mill. Westmark eingenommen werden, da in Westberlin — infolge der niedrigen Preise im Ostsektor — nicht die unverschämten Preise wie in Westdeutschland genommen werden können.

Wie versuchen sich nun die Bankrottpolitiker in Westberlin aus dieser Millionenschlinge zu ziehen? Die privaten Unternehmer betreiben einfach die Arbeiter und den Staat. Illegale Transaktionen, deren Erlöse durch

Berlin, Oberst Howley, sagte kürzlich, wenn gestärkt werde, könne es seine Wirtschaft auf Schwerkranken, manchmal Sterbende.

Steuern nicht zu erfassen sind, nennt das die Münchener Denkschrift. Was sich in Westberlin städtische Verwaltung nennt, versucht sich — ebenso einfach — hinter den unzähligen Transport-Leistungen der Luftbrücke zu verchanzen. Um auch nur aus dem Zustand des Vegetierens heraus zu kommen, so wird erklärt, seien 8000 Tonnen täglich notwendig, während im Dezember nur 4300 Tonnen nach Berlin kamen.

Dunkler können die Farben kaum von einem Feind der Luftbrückenstrategen gemalt werden. Die Denkschrift muß auch bereits in der Einleitung feststellen, daß mit einem völligen

Verfall der Westberliner Finanzen oder mit einem stetigen Ansteigen der Unterstützungslast Westdeutschlands gerechnet werden muß. Und hier wird das Westberliner Problem zu dem entscheidenden Problem Gesamtdeutschlands. Denn heute bereits wird von zwei Mark bizonaler Steuereinnahmen eine Mark zur Finanzierung des kalten Krieges in Berlin verwendet.

So zeigt sich mit aller Klarheit, daß Berlin im Interesse Gesamtdeutschlands unter keinen Umständen mehr Objekt in den Händen von politischen und Währungsspekulanten sein darf. Es gibt nur eine Lösung: Eine Stadt — eine Währung. Bemerkenswert ist, daß auch die neutralen Währungssachverständigen, die auf Veranlassung der UN das Berliner Währungsproblem prüften, zu dieser Entscheidung gekommen sind. Daß die Luftbrückenstrategen diesen Vorschlag ablehnten, zeigt, daß sie die Vernichtung Westberlins für die Fortführung ihres kalten Krieges brauchen.

## Mutter — Deine Jungens

Du, Mutter, hast liebend die Hände gebreitet, Behütend und wachsam ihr Wachsen und Werden geleitet. Sie waren Dein Stolz und Dein Glück. Und holte der Krieg sie alle drei. Und zwei von ihnen blieben dabei. Nur einen bekamst Du zurück. Nur ihn hast Du noch. Und doch: ich las, Daß die Menschheit schon wieder die Schrecken vergaß. Daß sie schon wieder rüsten. Ihr Mütter im Lande, in aller Welt — Ihr steht nicht auf? Kein einziger Schrei geht. Wo Millionen sich wehren müßten! Ihr schweigt? Ihr habt doch den Krieg erlebt! Allüberall hat die Erde gebebt! Und Ihr wollt still dazu sein? Gequälter Mensch du — Du Kreatur. Komm wie als Kind zu der Mutter, und nur Von ihr kann es kommen, das „Nein!“ Th. Hw.-Ktr.



## Kolonial-Ausstellung

G. R. L. Vom 9. bis 24. April soll im Rockefeller-Museum in New-York eine „Germany-1949 Industrie Show“ als eine „Deutsche Industrie-Schau 1949“ gestartet werden. Seit einigen Tagen werden die Ausstellungsgegenstände auf den Dampfer „American Planter“ in Bremen verladen. Die Zimmer für einige Hundert deutsche Kaufleute und Industrielle sind in New York bereits bestellt. Die Kosten für die Ausstellung und Unterkunft sind aus den von der JEIA entgegenkommender Weise freigegebenen Devisen von den Deutschen selbst zu tragen. Die Muster der Ausstellung dürfen unter Umständen nach entsprechender Verzollung und bei genügendem Interesse nach der „Schau“ in Amerika verkauft werden.

Nach den negativen Erfahrungen, die Furtwängler und Gieseke in der freiesten Demokratie der Welt gemacht haben, und nach dem frostigen Empfang des mit Vorschußlorbeeren nach den USA geflogenen Heintzen Hoff hätte eine solche „Deutsche Industrie-Schau“ wohl wenig Aussicht auf eine günstige Aufnahme in den exportkritischen USA. General Clay weiß das. Er hat darum den Namen dieser „deutschen Schau“ geändert. Man soll in Amerika schon gar nicht auf den Gedanken kommen, daß es sich bei den aus-

zustellenden Exportartikeln der deutschen Maschinenindustrie, der Automobilindustrie, der Elektroindustrie, bei den Produkten der Firma Zeiß-Ikon, Leitz-Wetzlar, Agfa-München, der Feinmechanik, Optik, der Porzellan-, Leder- und Schmuckwarenindustrie um eine Konkurrenz handeln könne. Die Ausstellung wird darum nach einer Anordnung des Herrn General Clay den Namen tragen „Military Government German Exhibition“, das heißt zu deutsch: „Deutsche Ausstellung der Militärregierung“. Ob mit dieser Charakterisierung der „Deutschen Industrie-Schau“ als Kolonialausstellung der amerikanischen Militärregierung, ein Protest der amerikanischen Kapitalisten vermieden wird, bleibt abzuwarten. Die Einfuhr hochwertiger Fertigwaren auch aus einer Kolonie wird in Amerika, das gerade den ausgepowerten europäischen Ländern seinen Plunder als Marshallplanhilfe aufzwingen will, auf heftige Ablehnung stoßen.

Nach dem Osten aber, selbst nach der Ostzone und nach Berlin dürfen die westdeutschen Firmen nicht liefern. Das haben sich die Kolonialherren abgedungen bei Strafe des Entzugs der fragwürdigen und teuren Marshallplanlieferungen.

## Deutsche Frauen in Stalingrad

Der soeben erschienenen Broschüre „Deutsche Frauen in der Sowjetunion“ (Preis 10 Pfg.) entnehmen wir nachstehende Auszüge.

„Als wir nach Stalingrad kamen, hatte ich den Wunsch, einmal an das Grab meines Mannes treten zu können, der dort gefallen ist, aber ich muß Ihnen sagen, angesichts dieser Verwüstungen galt mein eigenes Leid nichts mehr. Ich fühlte etwas anderes. Ich fühlte, ich hatte dort eine Mission zu erfüllen: den deutschen Männern, die dort gefallen sind, die ersten und auch die letzten Grüße ihrer Frauen und Mütter zu überbringen. Ich habe die Erde von Stalingrad durch meine Hände rieseln lassen, ich habe gefleht darum, daß es uns gelingen möge, den Frieden zu erhalten. Ich hatte das Gefühl, daß die 147 000 toten deutschen Soldaten aufstehen und uns mahnen:

„Deutsche Frauen, wacht über den Frieden der Welt!“

Ich habe gefühlt, daß unsere Männer uns verantwortlich machen würden, wenn noch einmal ein Krieg kommt.

Eine russische Frau trat auf mich zu und fragte mich: „Warum sind Sie so traurig?“ Ich sagte ihr warum und sie antwortete: „Ich habe meinen Mann und sechs Söhne verloren, aber ich hasse die deutschen Frauen nicht. Ich will mit ihnen in Freundschaft leben. Grüßen Sie die deutschen Frauen von mir und sagen Sie ihnen, daß ich gemeinsam mit ihnen für den Frieden arbeiten will.“

## Tatsachen aus der Sowjetunion

### Bergarbeiter Mächten erfüllen Fünfjahresplan in ... Jahren

Die Moskauer Kohlengruben haben als ein Ergebnis des weitverbreiteten sozialistischen Wettbewerbs für die vorzeitige Erfüllung des Fünfjahresplans einen großen Sieg errungen. Das Moskauer Kohlenkombinat erzeugte im Jahre 1948 12 310 000 Tonnen (der Plan für 1950 sah 12 280 000 Tonnen vor).

### Ausbreitung des Tagesbaues in den Bergwerken der Sowjetunion

In den letzten Jahren ist ein neuer Zweig der Industrie in der Sowjetunion besonders entwickelt worden, das Gewinnen von Kohlen durch den Tagesbau. Im Ural und in Ostsibirien, in Karaganda und in Zentralasien sind Dutzende von Kohlenanlagen eröffnet worden. Hunderte von mächtigen Ausgrabungsmaschinen, Bohrmaschinen und Beförderungsmitteln werden gebraucht, um die Kohle freizulegen und abzubauen. Es wurde beschlossen, an vielen neuen Stellen, besonders in den östlichen Gebieten und in der Ukraine Kohle im Tagebau zu fördern.

### Heißwasser für Moskauer Helme

In Moskau wurde mit der Errichtung einer neuen großen Hauptleitung begonnen, um die Häuser der Hauptstadt mit Heißwasser zu versorgen. Im Jahre 1948 wurden mehr als 300 große Gebäude mit Heißwasser eingerichtet und etwa 25 Meilen Heißwasser-Leitung gelegt. In diesem Jahre wurden neue Turbinen in Gang gebracht, die es ermöglichen, daß 500 weitere Gebäude auf dieses System eingeschaltet werden.

## Auf den Trümmern

### des Warschauer Ghettos

Drei Jahre würde die Beseitigung der Trümmer des ehemaligen Ghettos bei einer Beschäftigung von 10 000 Arbeitern in Anspruch nehmen. Daher hat man sich entschlossen, an dieser Stelle und unter Verwendung der Trümmer als Basis, vier neue Arbeitersiedlungen für je 10 000 Personen zu errichten. Der Bau soll im Rahmen des Sechsjahresplanes durchgeführt werden.

## Patent „AV“

Ein phantastischer Roman von L. Lagin

18

„Macht nichts“, sagten sie, „der wird noch zur Vernunft kommen.“

Dr. Popff biß zwar niemanden, kam aber auch nicht zur Vernunft. Innerhalb weniger Tage kaufte er etwa eine Tonne Heu und Futtermittel und ließ das alles auf sich auf den Hof fahren. Das alles für drei noch ganz junge Tiere, die noch nicht einmal ganz richtig zu kauen verstanden!

Doch wie grenzenlos erstaunt wären diese ortsansässigen Klatschbasen und Meckerer, hätten sie erst erfahren, daß Dr. Popff diese kleinen, eben erst dem mütterlichen Euter entwachsenen Tiere keinem anderen anvertraut und sich ihnen mit der Sorgfalt einer gedegenen Viehmagd widmet: ihnen eigenhändig das Futter gibt, sie säubert, ihren Stall ausmistet, sie mehrmals am Tage mißt und wiegt.

Etwa anderthalb Wochen später waren die Bretter des unscheinbaren Stalles, den Popff ganz allein aus einer Brettergarage gezimmert hatte, stumme Zeugen der wunderbaren Verwandlung eines Ferkels in ein gewichtiges Schwein, eines Lammes in einen vollgewachsenen Hammel, eines Kälbchens in einen sehenswerten Stier. Und eines Tages, etwa zur Zeit des Sonnenunterganges, spielte sich in dem Stall eine Szene ab, die ganz dazu angetan war selbst die wenigen Menschen, die an die normalen geistigen Fähigkeiten unseres Helden glaubten, ernsthaft zu beunruhigen. In völliger Einsamkeit vollführte Dr. Popff in dem Stall einen wilden Tanz, klatschte sich mit den Händen den Takt zu seinen unsinnigen Luftsprüngen und sang dazu halblaut, um auf der Straße nicht gehört zu werden:

„Sie wachsen nicht! Sie wachsen nicht! Tram-ti-ri-ra, sie wachsen nicht; sie wachsen, wachsen nicht!“

Wenn man bedenkt, daß er sich knapp zehn Tage zuvor im gleichen Stall ebenso unvermittelt und stürmisch darüber gefreut hatte, daß seine Zöglinge wachsen, wäre man wirklich geneigt, zu glauben, Dr. Popff hätte infolge seiner gesteigerten, nervenzerrüttenden Arbeit, infolge tagelanger Erregung und systematischen Nicht-Ausschlafens den Verstand verloren. In Wirklichkeit war seine Freude sowohl im ersten als auch im zweiten Fall gleichermaßen begründet. Er hatte sich eine wissenschaftlich kühne Aufgabe gestellt: das Wachsen des tierischen Organismus zwar zu steigern und zu beschleunigen, aber nur bis zu dem Zeitpunkt, da die Größe eines normalen Tieres erreicht war.

Dutzende von Malen mußte Popff die Wirkung seines Elixiers an jungen Mäuschen erproben, jedesmal überschritten sie bei dem unglaublichen Tempo ihres beschleunigten Wachstums die Ausmaße eines erwachsenen Tieres, und alles mußte wieder von vorne begonnen werden. Popff tötete sie mit Zyankali, präparierte ihre Häute, um sie später einmal auszustopfen, und schloß sie wieder für viele Tage im Laboratorium ein, seine Berechnungen kontrollierend, Hunderte von Versuchen durchexerzierend, um endlich dahinterzukommen, wo die Wurzel des Fehlers lag, der seine Pläne zunichte machte.

Es ist darum verständlich, wie berechtigt seine Freude war, daß die Ratten und die Meerschweinchen schließlich dann zu wachsen aufhörten, als sie die von der Natur für ein normales Tier ihrer Gattung festgelegten Ausmaße erreicht hatten.

Damit war die erste Arbeitsperiode abgeschlossen. Gemeinsam mit Berenike unternahm Popff, wie wir schon wissen, eine Reise in die Stadt der Großen Kröten, lernte Tomaso Magaraf kennen, machte ihm eine Einspritzung des Elixiers, erkältete sich auf dem Rückweg nach Bakbuk und mußte mehrere Wochen das Bett hüten.

Dann, als es mit ihm wieder aufwärts zu gehen begann, erschien Aurel Pädrele auf der Bildfläche, und in den Stall kamen die drei Versuchstiere hinein. Wie wir sehen, verfügte Popff in hohem Grade über die edle Vorsicht eines echten Forschers: bevor er an die Masseneinspritzung ging, wollte er sich von der Wirksamkeit seines Präparates noch einmal überzeugen.

Sowohl mit Pädrele als auch mit seinen stummen Patienten verlief alles in höchstem Grade günstig. Auf den Regalen des Laboratoriums baute sich glitzernd eine ganze Reihe von Ampullen mit gefärbtem Elixier auf: gelb, flüßig, grün.

An einem hellen, sonnigen Morgen Ende August bat Dr. Stephan Popff Berenike, sie möchte nach dem Frühstück zu ihm ins Arbeitszimmer hinaufkommen. Erstaunt über diese Aufforderung trat sie ein — zu dieser Stunde war er für sie meist unerreichbar.

„Ich habe hier etwas hingekritzelt“, sagte er und reichte ihr ein mit schwungvoller Schrift beschriebenes Blatt Papier. „Lies es durch, Alterchen, und sage deine Meinung.“

Berenike las halblaut:

„Wenn Sie ein Ferkel besitzen, das Sie in zehn Tagen zu einem voll erwachsenen Schwein machen möchten,

wenn Sie ein Lamm besitzen, das Sie in zehn Tagen zu einem großen Hammel großziehen möchten,

wenn Sie ein Kalb besitzen und es innerhalb gleicher Frist zu einer Kuh oder einem Stier aufziehen möchten,

dann wenden Sie sich an Dr. Stephan Popff, Vollmondstraße, gegenüber der Apotheke Bam-boli.

Dr. Popff wird dem Jungtier das von ihm erfundene Elixier Berenike einspritzen. Personen, die das Elixier Berenike erproben wollen, steht es frei, die Kosten der Einspritzung

(½ Centavo) erst dann zu entrichten, wenn sie sich von der Wirkung des Elixiers überzeugt haben.

Einspritzungen finden vom 7. September dieses Jahres an jeden Wochentag von 11—15 Uhr statt.“

„Nun, wie findest du das?“ fragte Popff.

„Ich würde es an deiner Stelle Pädrele zu lesen geben“, erwiderte Berenike so rasch, als hätte sie schon längst über diese Frage nachgedacht. „Er ist Geschäftsmann und versteht von Reklame mehr als ich.“

„Ich fürchte, auch wesentlich mehr als ich“, stimmte Popff heiter zu. „Nun ja, so wollen wir uns zur Beratung mit einem Repräsentanten der Finanzwelt begeben.“

Er ergriff Berenikes Arm, und sie liefen polternd die sonnenüberflutete Treppe hinab zu dem unteren Eckzimmer.

Niemand hatte in dem großgewachsenen, rotbackigen, gesunden Mann mit dem vorstehenden Kinn und der etwas breitgedrückten Nase — der Familiennase der Pädrele — das gelbe, winzige Männchen wiedererkannt, das vor gar nicht so langer Zeit an einem späten Abend an die Tür von Dr. Popffs Haus geklopft hatte.

Einen Roman in der Hand haltend, lag er leidend auf dem Sofa. Seine Beine, die auf dem Sofa keinen Platz mehr hatten, ruhten auf der Rückenlehne des eigens dazu herangeschobenen Sessels. Aurel Pädrele genoß das Leben. Alles bereitete ihm Vergnügen: daß er mit großem Appetit gefrühstückt hatte, daß das Sofa zu klein für ihn geworden war, daß er mit wirklichem Interesse Liebesromane lesen konnte, weil er sie jetzt als ein richtiger Mann las, daß er in etwa zehn Tagen aus diesem Kaff in die Stadt der Großen Kröten zurückkehren und im vollen Glanze seiner neuen Schönheit vor dem geliebten Bruder erscheinen werde, dem einzigen Wesen, das ihm unendlich teuer war. Das heißt, nein, jetzt war es wohl nicht mehr das einzige, aber immerhin eins von den beiden Wesen, die er auf dieser Welt liebte.

Forts. folgt.

# Das landwirtschaftliche Sofortprogramm

## Riesengewinne für Großgrundbesitzer — Schweinefleisch nur für die Reichen

W. M. Im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des bizonalen Wirtschaftsrates wurde am 21. und 22. Febr. ein sogenanntes neues Agrarprogramm für die Landwirtschaft im Westen Deutschlands beschlossen. In diesem Programm ist die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Freigabe der Schweine- und Schafpreise bis 1. Oktober 1949 vorgesehen. Mit sofortiger Wirkung soll die Preisbindung für Ferkel und Läufer aufgehoben werden. Geplant ist 4,5 Millionen Schweine zu mästen. Dazu sollen zwei Millionen Tonnen Mais und 300 000 Tonnen tierisches Eiweißfutter eingeführt werden.

Dieses Programm wird, wenn es zur Durchführung kommt, den Großgrundbesitzern riesige Gewinne und dem kapitalkräftigen Teil der Bevölkerung Schweinefleisch bringen. Die Bauernwirtschaften werden jedoch von diesem neuen Plan keine wesentlichen Vorteile haben, denn die bisherigen Abschlußergebnisse der Schweineaktion zeigen, daß die überwiegende Mehrzahl der kleinen und mittleren Bauern, angesichts der weiter in Kraft bleibenden Totalablieferung, bei Getreide und Kartoffeln und in Anbetracht der hohen Ferkelpreise sich nur wenig an der Schweinemastaktion beteiligen. Noch mehr gilt dies für die Aufhebung der Bewirtschaftung der Schafe, denn 50 Prozent aller Schafe werden in Großbetrieben über 100 ha gehalten, so daß aus dieser Maßnahme nur die Großgrundbesitzer Nutzen ziehen.

Die Vertreter der KPD haben gegen diesen Plan Stellung genommen, weil er weder den Bauern noch dem werktätigen städtischen Verbraucher helfen wird. Damit setzt sich die KPD keinesfalls für die Beibehaltung der Zwangs-wirtschaft ein, wie sie in den vergangenen Jahren durchgeführt wurde. Sie fordert eine demokratische Wirtschaftsplanung, bei der die gesamte Erzeugung der Landwirtschaft sowie der Industrie einer gerechten Versorgung der Bevölkerung dient.

Es muß ein Landwirtschaftsplan zur Steigerung der Eigenerzeugung geschaffen werden. Mit dem Anbauplan muß jeder Betrieb ein Abgabesoll gestaffelt nach Betriebsgröße und Bodengüte erhalten. Je größer der Betrieb, desto höher das Soll. Nach Erfüllung des Solls muß dem Erzeuger die freie Spitze verbleiben. Die Preise für Industriewaren müssen herabgesetzt werden; für alle industriellen und landwirtschaftlichen Produkte sind Höchstpreise festzusetzen. Eine Angleichung der land-

wirtschaftlichen Erzeugerpreise an die Industriepreise ist durch die Herabsetzung der hohen Gewinne des Großhandels, durch die Vereinfachung des übersehten Zwischenhandels und durch die Senkung der Transportkosten möglich.

An Stelle der reaktionären Verwaltungsorgane, muß eine bäuerliche Selbstverwaltung treten, in der die Bauern entsprechend der Zahl und Größe ihrer Betriebe vertreten sein müssen. Diese Organe in Dorf, Kreis und Land müssen nach demokratischen Gesichtspunkten an die Erfüllung der sich aus der Landwirtschaftsplanung ergebenden Aufgaben herangehen.

## Wo bleiben die westdeutschen Exporterlöse?

tz. Der Außenhandel sollte nach dem Potsdamer Abkommen eine rein deutsche Angelegenheit sein. Damals wurde bestimmt:

„Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale Verwaltungsabteilungen errichtet, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie.“

Alle Vorschläge der Sowjet-Union, diese zentralen Verwaltungsabteilungen zu errichten, wurden von den westlichen Alliierten abgelehnt. Sie schufen separate bizonale und trizonale Behörden und Institute, die völlig ohne deutsche Mitwirkung und Einflußnahme die im Potsdamer Abkommen festgelegten rein deutschen Angelegenheiten verwalten. So liegt der westdeutsche Außenhandel ausschließlich in den Händen der Vereinigten Export- und Import-Agentur JEIA, die ihn je nach Marshall-Plan und Konkurrenzbedürfnissen regelt.

In der 33. Vollversammlung des Wirtschaftsrates der Bizone unternahm die KPD den Versuch, der deutschen Wirtschaft eine bescheidene Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Geschäfte der JEIA zu erschließen, indem sie beantragte:

„Der Wirtschaftsrat wolle beschließen: Der Verwaltungsrat wird beauftragt, sofort Verhandlungen mit den Militärregierungen zwecks Teilnahme deutscher Sachverständiger an der Prüfung der Bilanz der JEIA am 31. Dezember 1948 und der Geschäftsberichte für das Kalenderjahr 1947/48 zu führen.“

Der Verwaltungsrat wird weiterhin beauftragt, mit der JEIA zu verhandeln, daß die beteiligten deutschen Sachverständigen über die Prüfungsergebnisse im Plenum des Wirtschaftsrates berichten können.“

Dieser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt, die damit bekannten, daß nach ihrer Meinung der deutsche Außenhandel sich in besten (britisch-amerikanisch-französischen) Händen befindet. Eine auch

Der jetzt vom Ernährungsausschuß des Wirtschaftsrates mit einer Rechtsmehrheit beschlossene Plan wird das Chaos in unserer Ernährungswirtschaft noch vergrößern. Er wird einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern und Großbauern größere Gewinne bringen, die sie zum Unterschied von der Masse der Bauern in die Lage versetzen werden, ihre Betriebe auszubauen. Der Masse der schaffenden Bauern aber wird dieser Plan nichts bringen. Die Gesundheit der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften scheitert in erster Linie an den hohen Industriepreisen, und nur ein Kampf gegen diese kann den Bauern helfen.

für den deutschen Kaufmann interessante Stellungnahme der Parteien, die bisher vorgegeben, besonders die Interessen der deutschen Wirtschaft zu vertreten! Von einer revolutionierenden Forderung der KPD-Fraktion kann dabei keinesfalls die Rede sein. Es sollten nur ein paar deutsche Sachverständige bei der JEIA in die Bücher schauen, was mit unseren Export-Import-Erlösen geschieht.

Die weitergehende Forderung nach Auflösung der JEIA wurde nicht einmal gestellt. Wenn die JEIA den deutschen Export schon in der Hand hat und bestimmt, was, wog, zu welchem Preis usw. wir exportieren und importieren dürfen, dann sollte uns zum mindesten erlaubt sein, zu erfahren, was mit den Geldern aus den Geschäften, die sie tätigt, geschieht. Es wäre z. B. interessant, zu erfahren, was eigentlich aus den Geldern wird, die bei der Außenhandelskasse per Saldo für uns anfallen? General Clay hat hierüber am 15. Februar geäußert, daß seit Beginn der Besetzung ca. sechs Milliarden Reichsmark bzw. DMark eingekommen seien.

Wichtig wäre es auch zu wissen, wie hoch die Zwischengewinne unseres Exportes, der über die JEIA dirigiert wird, sind, und wer sie bekommt.

Ähnliche Unklarheiten bestehen über unseren Import. Wie der Fall Dietz in Hessen beweist, ist es möglich, private Einfuhrmonopole zu bilden, deren unerhörte Gewinne nicht der deutschen Wirtschaft, sondern den profitgierigsten Kapitalisten in die Hände fallen. Genügen diese Tatsachen schon, um nicht nur eine Einsichtnahme in die Geschäfte der JEIA, sondern ihre Auflösung zu rechtfertigen, so wäre dies aber vor allem im Interesse unserer grundsätzlichen Außenhandelspolitik lebensnotwendig, denn Außenhandel über die JEIA bedeutet Rohstoff- statt Fertigwaren-Export, Abschneidung vom Ost-West-Handel, dem Südamerikageschäft und dem Handel mit anderen, dem Marshall-Plan nicht angeschlossenen Ländern, vor allem im Nahen und Fernen Osten. Die Freiheit des deutschen Außenhandels ist gleichbedeutend mit der Befreiung von der JEIA.

## Kreispflegeanstalt Hub und Heilstätte Ottersweier

Ottersweier/Hub. Aus dem umfangreichen Jahresbericht des Geschäftsjahres 1948 entnehmen wir, daß die Währungsreform die Kreispflegeanstalt und Heilstätte vor große Probleme gestellt hat. Der im Jahre 1946 gebildete Verwaltungsrat wurde für die jetzige Wahlperiode wiedergewählt und setzt sich zusammen: Theodor Schaffner, Bürgermeister, Neusatz; Vorsitzender, Hermann Berger, Großkaufmann, Sasbach; Josef Harbrecht, Oberstudiendirektor, Bühl; Dr. Alfons Kist, Bürgermeister, Bühl; Dr. Robert Maier, Chemiker, Bühl und Alois Schindler, Landwirt, Fautenbach. Erfreulich ist, daß der Betriebsrat zu allen Verwaltungsratssitzungen hinzugezogen wurde. Im Verlauf des Jahres 1948 wurden eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, welche die Voraussetzung für eine geordnete Arbeit garantieren. Insgesamt wurden 112 Beamte, Angestellte und Arbeiter im Anstaltsdienst beschäftigt. In der Pflegeanstalt wurden im Jahre 1948 120 127 Verpfle-

gungstage geleistet gegenüber 92 100 im Jahre 1947. In der Lungenheilstätte betragen die Verpflegungstage 76 305 im Gegensatz zu 1947 wo 62 888 Verpflegungstage gezählt wurden.

Um auch die kulturellen Belange zu wahren wurden einige Unterhaltungsabende und Vorträge abgehalten. Der Musik- und Gesangverein Neusatz veranstaltete ebenfalls ein Konzert in der Heil- und Pflegeanstalt. Mehrere Male konzertierte die Kriegsgefangenenkapelle Matschbach wie auch die Feuerwehrkapelle Ottersweier.

Für die zusätzliche Fleischversorgung ist durch eine größere Anzahl Schweine gesorgt. Landwirtschaft und Obstbau werden nach modernen Gesichtspunkten durchgeführt.

So zeigt der Jahresbericht der Heil- und Pflegeanstalt Ottersweier-Hub, daß trotz aller Schwierigkeiten alles getan wird, um sowohl Patienten wie auch dem Personal weitgehend Rechnung zu tragen.

## Die Welt ohne Kommunisten

Von Friedrich Spitz.

Eines Tages geschah es, daß der liebe Gott die vereinigten Gebiete der vereinigten freien Völker und ihrer Kolonien erhörte und sämtliche Kommunisten der Welt in einer einzigen Nacht vertilgte. Die kommunistisch beherrschenden Völker des Ostens vernichtete er auf erprobte Weise durch eine Sintflut, die von Wladiwostok bis haargenau an die Grenze der von den Russen besetzten Zonen in Deutschland und Oesterreich reichte. Selbstverständlich wurde auch China bis zum Yangtsekiang, die Tschechei und die Volkrepubliken auf dem Balkan überspült. Bei Griechenland konnte selbst der liebe Gott nicht genau feststellen, welches Gebiet von Kommunisten beherrscht war und welches nicht und faßte darum den salomonischen Entschluß, das Land zu teilen und es auf jeden Fall bis zur Landenge von Korinth unter Wasser zu setzen. Gegenüber den in den westlichen Ländern und in der übrigen Welt lebenden Kommunisten mußte sich der Himmel mit Rücksicht auf die mit ihnen zusammenwohnenden Nichtkommunisten zu einem moderneren wenn auch kostspieligeren Verfahren entschließen. Er bombardierte sie mit kosmischen Strahlen, die einen todähnlichen Schlaf bewirkten und beschränkte sich dabei der Kosten wegen und auch aus Respekt vor dem demokratischen Wahlsieg auf die eingeschriebenen Mitglieder der kommunistischen Parteien. Die Aktion war um sieben Uhr morgens abgeschlossen. Zwei Stunden später war

das Ereignis bereits auf der ganzen Erde bekannt, und nun war die Freude groß.

In Amerika wurden 731 500 Tonnen Konfetti, die wohlhabende Bürger der USA gestiftet haben, verstreut und über 32 Millionen Papierschlängel losgelassen. In New York allein wurden sechszehntausendvierhundertfünf Menschen totgedrückt. Darunter waren zwei bekannte Mitglieder des amerikanischen Kongresses, die sich so lange und so heftig umarmten, bis sie beide tot umfielen. In England wurden 12 Minuten des Schweigens durchgeführt und die Glocken des Westminster läuteten eine volle Stunde. In allen Kirchen fanden Dankgottesdienste statt. In Frankreich hielt General de Gaulle eine Parade ab, und in Deutschland beschloß der sozialdemokratische Parteivorstand, daß die Partei sich nunmehr rückhaltlos für die deutsche Einheit einsetzen werde. Außerdem wurde eine Kommission gebildet, die Verhandlungen mit der CDU wegen des Zusammenschlusses zur „Christlich-Sozialdemokratischen Union“ aufnehmen sollte. Vierundzwanzig Stunden dauerte die Freude, dann kam der erste Kummer. In Burma brach eine Revolution aus, und die Redaktion der englischen Zeitungen fragten ratlos im Außenministerium an, wer nun als Anstifter bezeichnet werden sollte, da doch die Kommunisten nicht mehr existierten. In eine noch ärgere Verlegen-

heit kam am nächsten Morgen die deutsche Presse. Das Besatzungsstatut wurde veröffentlicht, aber die große Meldung über umfangreiche Bakterienkriegsvorbereitungen der Sowjets, die zur wohltuenden Ablenkung des deutschen Publikums, gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung gebracht werden sollte, konnte doch nun nicht erscheinen. Und niemand wußte einen Ersatz zu finden. Es ließ sich nicht länger verheimlichen: das Verschwinden der Kommunisten schuf peinliche Verlegenheiten. Und jeder Tag brachte neue. Die israelische Regierung beschlagnahmte das englische Eigentum in Haifa. Wer sollte ihr das inspiert haben, wo doch keine Sowjetregierung mehr da war. In Paris brach ein Streik der Friseurgehilfen aus. „Auf Befehl der Komintern! Hier ist das Dokument, das es beweist“, erklärte der Innenminister von der Parlamentstribüne und mußte am nächsten Tag zurücktreten, weil seine Vergeßlichkeit doch einen allzu fatalen Eindruck gemacht hatte.

Als schließlich noch der amerikanische Kongreß beschloß, die Marshall-Hilfe angesichts des Wegfallens der kommunistischen Bedrohung zu streichen und dafür die Steuern zu senken, kam der radikale Stimmungsumschwung. Die Freude wandelte sich in helle Verzweiflung. Ueberall in der Welt saßen Zeitungsschreiber, Politiker und solche, die sich dafür hielten, mit wehleidigen Gesichtern und dachten seufzend an die schöne Zeit, wo es noch Kommunisten gab.

Am schlimmsten war es in den Räumen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu Hannover. Dort lagen neben anderen ungewohnten

## Es geistert im Rathaus von Goldscheuer

In das graue Mittelalter fühlt man sich zurückversetzt, wenn man von den geheimnisvollen, unsichtbaren und bis jetzt noch nicht festzustellenden nächtlichen Besuchen in den Räumen des Rathauses in Goldscheuer-Marlent hört. Wie von Geisterhand werden seit der Adventszeit 1948 Dinge wie Leitorden mit wichtigen Akten usw. aus den verschlossenen Räumen entwendet und nach einiger Zeit, offenbar wenn die „ehrliehen Gesellen“ genügend Einsicht genommen haben, fein säuberlich und unverseht wieder auf ihren Platz zurückgebracht. Genau so verschwanden 50 Liter Benzin, die im Ortsarrest untergestellt waren und offenbar von den Spukgestalten zur Rückfahrt auf den Bocksberg benötigt wurden. Von Benzinmarken haben sie allerdings noch nichts gehört, sonst hätten sie nicht soviel von dem Benzin verschüttet. Daß die nächtlichen Geister aber auch Licht brauchen und dazu die Kerzen aus dem Schrank im Rathaus entwendet müssen, ist neu. Wahrscheinlich wollten sie aber bloß dem „ordentlichen“ Rathaus heimleuchten. Auch der Kohlenkeller mußte zur Erwärmung ihrer kalten Seelen herhalten. Oder sollten die Heinzelmännchen die Kohlen abtransportiert haben?

Es ist an der Zeit, daß in dieser Sache endlich einmal reiner Tisch gemacht wird. Die Diebe, die sich mit solcher Sicherheit und Sachkenntnis in den Räumen des Rathauses bewegen, können nur in den Kreisen gesucht werden, die im Rathaus ganz genau Bescheid wissen und über die Vorgänge in demselben genau orientiert sind. Oder sollten es am Ende die Wassernixen vom Lido in Goldscheuer sein? Vielleicht kann sich die Gemeindeverwaltung, falls sie dieses Treiben nicht gar toleriert, oder die vorgesetzte Behörde aufrufen, neue Türschlösser anzubringen, um die nächtlichen Besuche Unberufenen auf dem Rathaus abzustellen. Den Einwohnern von Goldscheuer aber kann man zu der Schlamperlei auf dem Rathaus und zu so einem „ordentlichen“ Bürgermeisteramt nur gratulieren.

## Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACÉES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermißten Personen.

- BURKHARDT Charles; am 5. 7. 06 geb.; am 11. 9. 44 nach Schlieffen-Kaserne Heilbronn a. N. einberufen.
- BURR Henri; am 7. 1. 1922 geb.; am 22. 4. 44 einberufen nach Stettin; letzte Nachricht vom 11. 11. 44 von Modlin-Warschau; Feldpostnummer 25 427 E.
- CANDAU Louis Marie Edouard; am 31. 12. 14 geb.; am 27. 7. 43 einberufen nach Leitmeritz (Elbe); letzte Feldpostnummer 33 700 E; seit 27. 6. 44 vermißt im Sektor Bobruisk-Assipowitsch-Minsk.
- CARL Albert; am 1. 5. 1920 geb.; am 6. 4. 44 nach Komottau (Sudetengau) einberufen; Feldpostnummer 14 123 (Riga); letzte Nachricht vom 29. 9. 44 aus Lettland.
- CARLEN René; am 30. 1. 1919 geb.; einberufen 1943 nach Liegnitz.
- CASPAR Paul; am 25. 5. 21 geb.; am 21. 5. 43 einberufen; letzte Feldpostnummer 15 923 B; vermißt seit 2. 9. 44 bei Debnö (Weichsel).
- CEPPI Robert; am 4. 9. 19 geb.; am 25. 5. 43 nach Oberleutendorf (Sudetengau) einberufen; letzte Feldpostnummer 56 276 B; seit 4. 4. 44 bei Rajek vermißt.
- CEZARD Paul; am 28. 8. 24 geb.; am 12. 2. 43 nach Rawitsch (Wartheland) einberufen.
- CHRISMANN Raymond; am 20. 10. 34 geb. am 30. 10. 43 einberufen. Letzte militärische Adresse: Müller-Kaserne in Braunschweig 9.
- CHRISTMACHER Louis; am 26. 8. 10 geb.; am 11. 11. 44 einberufen nach Landsberg (Wartheland).
- CLEMER René; am 24. 4. 21 geb.; am 13. 1. 1943 einberufen; letzte Adresse: Pz.-Gren.-Ers.-Batt. 3. Genesungs-Komp. (4) Schwed a. d. Oder; ohne Nachricht seit 11. 11. 44.
- COLCHEN Pierre; am 8. 9. 23 geb.; am 16. 10. 1942 einberufen. Letzte Feldpostnummer 27 188; letzte Nachricht vom 15. 1. 43 durch Feldpostnummer 14 347 vom Sektor Smolensk (Rußland).
- COLLIGNON Louis; am 4. 7. 1926 geb.; am 29. 3. 44 nach Dirschau, Lutzow-Kaserne, einberufen; letzte Feldpostnummer 48 301 G; letzte Nachricht vom 8. 9. 44 aus Litauen.
- COMTE Charles; am 28. 8. 1920 geb.; am 15. 1. 1943 einberufen. Letzte Feldpostnummer: 06 757. Ohne Nachricht seit 10. 7. 44 von Touraqai.
- DAMANT André; am 9. 11. 1913 geb.; am 21. 5. 43 nach Bischofburg (Ostpreußen) einberufen. Letzte Feldpostnummer 18 642 C; vermißt seit 24. 6. 1944 in Orsha (Rußland).
- CULI Alfred; am 18. 6. 1924 geb.; am 21. 5. 43 nach Rostock einberufen.
- DAUL Joseph; am 1. 10. 19 geb.; am 21. 5. 43 nach Bad Mergentheim einberufen. Letzte Feldpostnummer 07 903; vermißt am 3. 12. 1943 in der Schlacht um Kowalewa (Rußland).
- DEHLINGER Charles; am 22. 4. 1927 geb.; am 10. 7. 1944 in den RAD einberufen. Letzte Adresse: Inf.-Kaserne Gnesen (Warthegau); war zuletzt in Vellun (Polen); ohne Nachricht seit 16. 1. 1945.
- DEHLINGER Marcel; am 8. 10. 1921 geb.; in die Wehrmacht einberufen.

Nachrichten unmißverständliche Äußerungen maßgeblicher deutscher und ausländischer Stellen vor, die besagten, daß man die Dienste der SPD in Zukunft nicht mehr benötige. Und weil es hier letztlich um tägliches Brot ging, wurde auch hier der rettende Gedanke geboren. Eines Morgens rief das Vorstandsmitglied Heine die betrubete Gemeinde zusammen und hielt ihr folgende Ansprache: „Liebe Genossen, wir haben einen Fehler gemacht und wir müssen ihn einsehen. Wir hätten den lieben Gott nicht so heftig um die totale Vernichtung der Kommunisten bitten sollen. Wie die Dinge nun liegen, gibt es nur einen Weg, das Malheur wieder gutzumachen. Jeder von uns muß im stillen Kämmerlein zu Gott beten, daß er wenigstens ein paar Kommunisten wieder auferweckt. Ich habe zuverlässige Nachrichten, daß sowohl bei den anderen Parteien wie im Ausland Menschen, die zum Himmel in guten Beziehungen stehen, bereit sind, ihre Gebete mit den unsrigen zu vereinigen. Laßt uns darum unverzüglich beginnen!“

Also geschah es. Aus Tausenden und aber Tausenden frommer Herzen stieg jeden Abend und jeden Morgen das Gebet zum Himmel: „Lieber Gott, schicke uns die Kommunisten wieder!“

Der liebe Gott ließ sich lange bitten, weil er ärgerlich war über die Wankelmütigkeit der Menschen. Aber schließlich hatte er doch Erbarmen, er machte, daß die Sintflut sich verließ und stellte die kosmische Bestrahlung ab. Und so wartet eines morgens die Kommunisten wieder in der Welt.

Es steht zu befürchten, daß sie nunmehr darin bleiben werden.

# AUS UNSERER HEIMAT

Redaktion des Heimatblatts: Freiburg,  
Schwabentorstraße 1, Telefon 2239  
Verantwortlich: H. Schäfer

## Unterbringung des Staatl. Gesundheitsamtes Freiburg

Dank der verständnisvollen Mitarbeit des deutschen und französ. Wohnungsamtes hat das Staatl. Gesundheitsamt Freiburg nach jahrelangen Bemühungen jetzt endlich im Hause Günterstalstr. 67 (Haltestelle Lorettostraße) ein neues Heim gefunden.

Da noch gewisse bauliche Veränderungen nötig sind, um auch die Abt. Tuberkulosefürsorge aufzunehmen, bleibt diese für kurze Zeit noch in den bisherigen Behelfsräumen, Erwinstraße 31. Alle anderen Abteilungen des Amtes sind aber ab sofort in der Günterstalstr. 67 zu erreichen.

Sprechzeit täglich: 8-12 Uhr. Fernruf: 2420 und demnächst auch 2865.

**Freiburg.** Der Radsportverein Freiburg macht seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß infolge techn. Schwierigkeiten die Monatsversammlung jeden ersten Donnerstag des Monats um 20 Uhr künftig im „Großen Meyerhof“, Grünwälderstraße, stattfindet.

## Studio Freiburg sendet — wir wählen aus:

Donnerstag, den 3. März 1949

8.15 Nachrichten aus Baden und Wttbg.  
9.05 Suchdienst und 14.45. 11.30 30 Minuten Unterhaltungsmusik. 12.45 Die Zeit im Gespräch. 18.15 Sonate Nr. 2 für Violine und Klavier von Ferruccio Busoni. 18.55 Nachrichten aus Baden und Wttbg.

Freitag, den 4. März 1949

8.15 Nachrichten aus Baden und Wttbg.  
9.05 Suchdienst und 14.45. 11.30 11 Uhr Läden des Freiburger Münster. 11.55 Nachrichten aus Wttbg.-Hohenzollern. 12.45 Die Sendung für das Land wolk. 18.15 Plauderei und Kurzweil. 18.45 Frisch vom Redaktionstisch. 22.30 Volkstum und Unterhaltung („Nachklänge zur alemannischen Fastnacht“).

Samstag, den 5. März 1949

8.15 Nachrichten aus Baden und Wttbg.  
9.05 Suchdienst. 11.30 Volksmusik. 11.45 Nachrichten aus Baden und Wttbg. 12.10 Mittagskonzert. 12.45 Die Viertelstunde der bad. Regierung. 18.15 Unsere Theater-Rundschau. 18.50 Die Glocken von Königshausen a. Kaiserstuhl läuten den Sonntag ein.

## Freiburger Bevölkerungszahlen

Freiburg. Im Monat Januar 1949 sind in der Stadt Freiburg 46 Ehen geschlossen worden. Insgesamt wurden 218 Kinder geboren. Darunter 125 von ortsansässigen und 93 von ortsfremden Müttern. Unter den Kindern waren 110 Knaben und 108 Mädchen. Die Zahl der togeborenen Kinder betrug 9 und zwar 4 ortsansässige und 5 ortsfremde. Gestorben sind im Monat Januar 1949 182 Personen, darunter 141 Ortsansässige; von diesen waren 70 Männer und 71 Frauen. Nach dem Alter waren 6 Gestorbene der einheimischen Bevölkerung unter 1 Jahr, 31 Personen zwischen 1 und 60 Jahren und 104 über 60 Jahre

## Achtung Jugendgenossen!

Heute Donnerstagabend, 20 Uhr, findet in der Vaubanstr. 12 unsere Jugendversammlung statt. Der Wichtigkeit wegen bitten wir um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

## KP fordert: Erhöhung der Fleischration

### Herunter mit den Fleisch- und Brotpreisen

Freiburg. In einem Referat, anlässlich der letzten Stadtvorstandssitzung der KP Freiburg, ging Gen. Fels vor allem auf drei Punkte ein, die ursächlich in engem Zusammenhang stehen. Wenn man heute die Frage des Lastenausgleichs stellt, so muß man untersuchen, wer das hauptsächlichste Interesse daran hat, einen sozialen und gerechten Lastenausgleich zu verhindern. Es sind, so muß klar erkannt werden, dieselben Kreise, die ein Interesse daran haben, mit Hilfe der westdeutschen Verfassung, der damit verbundenen Spaltung Deutschlands und auf dem Boden des vom ausländischen Kapital diktierten Ruhr- und Besatzungsstatus die Herrschaft des internationalen Monopolkapitalismus auch in Deutschland zu verewigen. Sieht man die Frage so, so wird ebenso klar, daß die Forderung nach gerechtem Lastenausgleich, wie sie konsequent einzig die Kommunistische Partei stellt, unlösbar mit der ebenso konsequenten Verneinung der Separatverfassung, der Ablehnung des Ruhr- und Besatzungsstatus wie der Forderung nach einer Einheit Deutschlands verbunden ist. Diese kommunistische Politik gibt deshalb den Werktätigen auch in der Frage des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben die Argumente in die Hand, die geeignet sein können, bei den kommenden Betriebsrätewahlen den fortschrittlichen Teil der Betriebsarbeiter in den Betriebsrat zu bringen.

Eine besondere Bedeutung kommt deshalb dem Kampf um den Lastenausgleich, wie wir ihn wollen, um die Betriebsvertretung mit den Rechten, wie sie die Kommunistische Partei fordert, der Zeitung der Werktätigen zu. Das Organ der KP Südbadens, „Unser Tag“, ist deshalb die einzige Zeitung, die wie die Partei selbst konsequent die Forderungen der Werktätigen vertritt. Aus dieser Erkenntnis aber erwächst den Werktätigen eine Verpflichtung, nämlich die, ihre Zeitung zum Kampforgan zu machen, wie sie sie heute brauchen, um diesen Kampf zu ge-

## Wohnbauprogramm 1949

Freiburg. Zu Beginn der letzten Stadtratssitzung am vergangenen Freitag, gab Oberbaudirektor Schlippe eine Uebersicht über das städtische Bauprogramm 1949, die wir zusammengefaßt nebenstehend veröffentlichen. In der Diskussion wurde zuerst auf die dringende Frage des Schulbaus eingegangen. In dem Programm ist nur der Aufbau der Hans-Jakob Schule vorgesehen, während von verschiedenen Seiten auch der Bau der Karlsschule gefordert wurde. Doch soll eine Erleichterung in der Schulraumfrage dadurch geschaffen werden, daß die Stadtverwaltung an die Militärregierung von neuem herantreten und eine Räumung der Thoma-Schule Turnerschule und des Lehrerseminars zu erreichen. Stadtrat Müller (KP) forderte deshalb energisch, daß die Stadt sofort die hierzu notwendigen Schritte einleite, damit die seit langem untragbaren Schulverhältnisse in Freiburg endlich eine Verbesserung erfahren. Im übrigen erhob Müller die Forderung nach einer absoluten Klarstellung der Finanzierungsmöglichkeiten des Bauprogramms. Die Bevölkerung habe das Recht, klaren Wein eingeschenkt zu bekommen, da sie es für verantwortlich betrachte, wenn sich etwa Ende des Jahres herausstellen sollte, daß das ganze Programm auf den Illusionen einiger Stadtväter gefußt habe. Ein Anlaß zum Optimismus besteht übrigens nicht, da von den für die Verwirklichung der Planung erforderlichen Mitteln, bisher erst 5 Prozent, d. h. eine halbe Million DM zur Verfügung stehen. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die im Plan vorgesehenen Neubauten nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn sowohl für den Wiederaufbau zerstörter Wohnungen, als auch für den Neubau sämtliche finanziellen Mittel restlos gesichert seien. Herr Dr. Schlippe wies allerdings auf die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß Fachkräfte der Baubehandwerke außerordentlich rar seien und deshalb die weniger qualifizierten Bauarbeiter in Neubauten Verwendung finden müssen, wenn man nicht gezwungen sein will, einen Teil von ihnen zu entlassen.

## Die Ziegenbein-Affäre

Stadtrat Müller stellte im Anschluß an die Debatte um den Wiederaufbauplan die Frage nach der Erledigung der bereits in der vorigen Sitzung zur Sprache gekommenen Angelegenheit des Villenbesizers Ziegenbein. Schieler (SP) erwiderte darauf, daß nach dem forcierten Angriff in der Tagespresse Herr Ziegenbein einer Besichtigung seines Wohnsitzes nunmehr keinen Widerstand geleistet habe. Es habe sich dabei herausgestellt, daß die Mansardenwohnungen in der Villa ausgebaut werden müßten. Um damit aber zu beginnen, müsse die richterliche Entscheidung abgewartet werden, da Herr Z. gegen die Beschlagnahme wieder einmal Protest eingelegt habe. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des Reichsleistungsgesetzes aufgeworfen, die wir erst in den letzten Nummern unserer Zeitung anhand eines Beispiels eingehend untersuchten. Mit Recht wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß die Aufhebung der Einweisungen, die aufgrund dieses Gesetzes seinerzeit erfolgt seien, nunmehr sich vielen werktätigen Mietern zusätzlich zum an sich schon unangenehmen Prozeß der Hauptmieter, die allgemein auf Räumung klagen, auch noch die Kosten des Prozesses aufbürdeten. Er stellte sehr richtig fest, daß selten ein Fall bekannt würde, daß das Gericht die Ansprüche der klagenden Partei nicht legalisiere. Wir hatten kürzlich erst nachgewiesen, wie solch ein Prozeß zustandekommt und Entscheidungen des Wohnungsamtes zugunsten der eingewiesenen Mieter dann von der ihm vorgesetzten städtischen Dienststelle rückgängig gemacht werden, eine Erscheinung, die sehr dafür spricht, daß die Selbständigkeit des Wohnungsamtes nach der Be-

# Aus dem Freiburger Stadtrat

förderung Bürgermeister Schiellers außerordentlich infragegestellt ist. Dieser ging im Uebrigen auf die Ausführungen seines Fraktionskollegen Breitenbach nicht weiter ein.

Auch die Anfrage Müllers nach dem Stand der Verhandlungen über das „Haus der Jugend“ wurde bezeichnenderweise recht kurz behandelt. Es bleibt bislang noch dabei, daß die Jugendorganisationen in der Goethestraße 6 die Kellerräume und das erste Stockwerk beziehen, bis eine errichtliche Baracke gefunden ist, in der sie unterkommen können. Schließlich gab Dr. Schlippe noch einen Ueberblick über das im Wohnungsaufbau bisher geleistete, auf das wir an anderer Stelle zurückkommen werden. Wesentlich erscheint aber die Feststellung, daß noch über 5800 Wohnungen in Freiburg zerstört und unbewohnbar sind, die die Notwendigkeit bewiesen, mit welchem Ernst an die Erfüllung des geplanten Bauprogramms herangegangen werden muß, wenn man in Freiburg wieder annehmbare Wohnverhältnisse schaffen will.

## Heimlich-unheimliche Theaterpläne

Wie wenig Ernst es allerdings unserer Stadtverwaltung mit ihrem Prioritätsgeschrei in der Wohnungsfrage ist, das bewies trotz der ergie-

bigen vorangegangenen Diskussion die endlose Debatte über die Theateraufbaupläne des OB. Dieser hatte seine neuesten Gedanken auf dem Gebiet in einer nichtöffentlichen Sitzung dem Stadtrat bekanntgegeben. Der Presse „genehmigte“ er schließlich am nächsten Tag folgende Verlautbarungen, die wir vorwegnehmen:

Dr. Hoffmann hat die Absicht, das Stadttheater z. T. wiederaufzubauen aus Mitteln, die er nicht dem ordentlichen Etat der Stadt entnehmen will. Einmal soll der Erfolg der in dieser Woche noch zur Ausgabe gelangenden Sonderbriefmarken, den er auf ca. 1½ Millionen DM schätzt, dazu beitragen. Neben dem Aufbau eines Raumes, der etwa 1000 Sitzplätze umfassen soll, wird eine 800-sitzige Konzerthalle geplant. Diesen Kunsthallen sind zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit einige Unternehmen angeschlossen, die so große Gewinne abwerfen sollen, daß sich das bisherige Defizit von 1,2 Millionen pro Spielzeit, für die gesamten städtischen Bühnen auf ca. 750 000 DM ermäßigen soll. Stiftungen, eine Lotterie u. ä. sollen weitere Geldmittel heranschaffen. Allerdings wünschte der Oberbürgermeister nicht, daß schon jetzt allzu viel über diese seine Finanzierungspläne gesprochen würde, um ihm nicht die angebotenen Verbindungen zu zerschlagen (!)

## Theaterbau statt Wohnungen!

Auf diese Alternative aber läuft schließlich der ganze Plan unseres Kunstmärs (alias Dr. Hoffmann) heraus. Darüber besteht kein Zweifel, wie Stadtrat Müller in der Debatte im Stadtrat ausführte. Nichts sei heute so wichtig als Wohnungen und nochmals Wohnungen zu bauen. Deshalb muß der Gedanke an einen Wiederaufbau des Theaters unbedingt fallen gelassen werden, wenn sich der Stadtrat nicht mitschuldig machen will am Wohnungsleiden unserer Stadt. So sehr alles daran gesetzt werden müsse, um den Betrieb des Opern- und Operettenspiels sicher zu stellen, so wäre der richtige Weg allerdings der gewesen, den Gasinbesitzer zu zwingen, sein Haus weiter zur Verfügung zu stellen, als mit ihm einen Kompromiß zu schließen, der nun dazu führe, daß mit Ende der Spielzeit 1949/50 die städtischen Bühnen das Casino zu räumen haben. Jetzt ist nicht mehr die Stadt, sondern Herr Vollmer Herr der Situation und die Folgen dieser knieweichen Haltung der Stadtverwaltung darf schließlich die Bevölkerung tragen, der Millionen DM, die für den Wohnungsbau dringend notwendig sind, entzogen werden. Müller begründete deshalb auch ganz klar die Stellungnahme der KP dahingehend, daß die Weiterführung des Opernbetriebes einmal notwendig sei, um den 150 Künstlern mit ihren Familien die Existenz zu sichern, zum andern der Bevölkerung unter allen Umständen die Möglichkeit des Opern- und Operettenbesuchs erhalten bleiben müssen. Um das Defizit zu verringern, gäbe es mehrere Wege, die ebenfalls der Bevölkerung wie auch dem künstlerischen Ensemble zugute kämen. Notwendig sei zuerst eine Senkung der Eintrittspreise, um besonders die werktätige Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die Aufführungen zu besuchen. Dazu kommt die Forderung nach einer den aktuellen Problemen der Werktätigen nahe Kunst. Bei Erfüllung dieser Forderungen sei der Betrieb der städtischen Bühnen noch auf Jahre hinaus gesichert, bis einmal das Wohnungsprogramm in al-

len Teilen erfüllt sei. Dann wird auch gegen den Neubau der Oper nichts mehr einzuwenden sein. Jetzt aber ist unter allen Umständen abzulehnen, daß Mittel, die zum Wohnungsbau verwendet werden können, in die Baupläne des OB. hineingesteckt werden.

Da vonseiten der CDU und auch der SP Stimmen laut wurden, die die Einstellung des Opern- und Operettensbetriebes bis auf die Dauer von 2 Spielzeiten verlangten (!), in den Fraktionen auch nach einer Pause keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Entscheidung zunächst vertagt. Auch die anderen Punkte der Tagesordnung konnten wegen der vorgeschrittenen Zeit — hatte man doch mehr als 2 Stunden über das Theater debattiert — nicht mehr behandelt werden und auf die nächste Stadtratssitzung am 8. März verschoben. So kam auch der Antrag der KP, die bereits durchgeführten Brotpreiserhöhungen sofort rückgängig zu machen und darüber hinaus eine Senkung der Brotpreise und Erhöhung der Löhne und Gehälter zu beschließen, nicht mehr zur Diskussion und Erledigung.

Am Rosenmontag fiel dann die Entscheidung in der Theaterfrage im Sinne der von der KP geforderten Weiterführung der Spielpläne. Gleichzeitig wurde dem OB, allerdings die Zustimmung der CDU, SP, und DP zum Ausbau des Stadttheaters gegeben. Nochmals aber betont die Kommunistische Partei, daß sie schärfsten Protest gegen diesen Plan erhebt. Es ist bezeichnend, daß der OB, schon seit langem alle Vorbereitungen getroffen hat, um, ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung und ohne die Zustimmung des Stadtrats abzuwarten, seine Ideen hinsichtlich der Stadttheaters durchzuführen. Es wird aber auch der hohe Bretterzaun um das Gelände des Stadttheaters nicht verhindern können, daß genauestens verfolgt wird, wohin das Geld der Stadt geht, das in erster Linie allein für den Wiederaufbau der von den Werktätigen dringend geforderten Wohnungen da sein muß.

## Das Gebot der Stunde

In der letzten Stadtratssitzung gab Dr. Schlippe vom Wiederaufbaubüro eine Uebersicht über den für 1949 vorgesehenen Wohnungsbau. Der Plan ist in drei Stufen geteilt. Dringlichst geplant ist die Wiederinstandsetzung von 80 Wohnungen zu einem Kostenwert von 637 000 DM durch das städtische Hochbauamt. Es handelt sich vor allem um Wohnungen in der Artilleriekaserne, Reutebachgasse, Beurbarung Elsäßerstraße, Rasenweg, Steinstraße, Tell- und Ferdinand-Welschstraße. Darunter fällt auch der Wiederaufbau der Hans-Jakobschule mit 27 Klassen zu einem Kostenwert von 780 000 DM. In der ersten Dringlichkeitsstufe befinden sich ferner die Bauten durch die Siedlungsgesellschaft. Darunter fällt die Instandsetzung von 35 Wohnungen in der Tennenbacher, Lortzing-, Spittelackerstraße sowie im Schillhof. Weiter 19 Wohnungen durch den Ausbau von Dachräumen im Rennweg, Kändel-, Friedhofstraße und Schillhof. Außerdem wird die Siedlungsgesellschaft den vor 20 Jahren begonnenen Neubau in der Bohl-, Ufer- und Carl Metzstraße durchführen, wobei insgesamt 58 Wohnungen entstehen. Die Kosten des Programms der Siedlungsgesellschaft belaufen sich auf etwa 1½ Millionen DM. Schließlich steht in der ersten Dringlichkeitsstufe das Bauprogramm der Baugenossenschaft (Bauverein, Gagfah, Familienheim), wo die Instandsetzung von insgesamt 77 Wohnungen und der Neubau von über 100 Wohnungen bei einem Bau von 10 Mietshäusern und 32 Einzelhäusern. Die Kosten allein für die erste Dringlichkeitsstufe belaufen sich auf fast 5½ Millionen DM.

In der zweiten Dringlichkeitsstufe sollen insgesamt 248 Wohnungen und 3 Läden durch Instandsetzung und Neubau gewonnen werden, in der dritten Stufe über 100 Mehrzimmerwohnungen sowie 88 Ein-Zimmerwohnungen. Auch hier sind die Träger des Programms das städtische Hochbauamt, die Siedlungsgesellschaft und die Baugenossenschaft. Die Kosten für das gesamte Bauprogramm des Jahres 1949 erfordern — soweit das bisher übersehbar ist — einen von der Stadt aufzunehmenden Kredit von über 10 Millionen DM. Bisher ist es dem Oberbürgermeister allerdings der ganze geplante Kredit im Laufe des Jahres dem Bauprogramm zur Verfügung stehen wird, erscheint außerordentlich fraglich. Es wird ein auch nur teilweiser Erfolg, der immerhin aber einen Fortschritt bedeuten würde, da die Wohnungsnot in Freiburg noch auf lange Sicht die schwierigste Frage bleiben wird, davon abhängen, ob auch wirklich alle Mittel, die der Stadt aus-

etats- und außeretatsmäßigen Einkünften zur Verfügung stehen, in den Wohnungsbau gesteckt werden. Die letzte Stadtratssitzung hat allerdings deutlich gezeigt, daß dafür keine Garantie geboten ist.

## Nachrichten aus dem Kaiserstuhl

**Oberrotweil a. K.** Hier haben die Dorfstraßen zum ersten Male seit ihrem Bestehen Namen erhalten und jedes Wohnhaus ist mit einer neuen Hausnummer versehen worden. Die alte Nummerierung, die seit 1904 bislang Gültigkeit besaß, ist vor kurzem außer Kraft getreten.

**Burkheim a. K.** Am letzten Sonntag veranstaltete der Musikverein einen „Bunten Abend“, der eine große Anzahl schaulustiger Menschen angezogen hatte. Die Musikkapelle wartete mit erstaunlich guten Darbietungen auf, die selbstverständlich auch einen regen Beifall fanden. Zwei lustige Theaterstücke, zu welcher Herr Flatt reizvolle Bühnenbilder geschaffen hatte, platzen besonders guten Anklang.

**Hugstetten.** Am 26. Februar feiern die Eheleute Ernst Oberrieder und Frau Maria geb. Friedrich das Fest der silbernen Hochzeit. Ernst Oberrieder ist Gemeindevorstand und Wirt zum Adler.

**Merdingen.** Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Gillmann fand am Dienstag eine Ortsversammlung statt, die hauptsächlich den Butterverteilungsplan zum Gegenstand hatte. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab Bürgermeister Gillmann bekannt, daß jeder Landwirt, der sein Ablieferungsoll an Brotgetreide nicht erfüllt hat, für jeden fehlenden Doppelzentner 100 DM Strafe zu gewärtigen habe. Ferner wurde die sogenannte Schweinezuchtaktion einer gründlichen Behandlung unterzogen. Jedoch besteht wenig Aussicht, auf intensive Beteiligung, weil der Ankaufspreis für junge Schweine derart hoch veranschlagt steht, daß sich eine Züchtung keineswegs rentiert, da die Fütterungskosten nie aufgewogen werden. Man hat zwar eine „Futtermittelzuteilung“ (!) in Aussicht gestellt, aber...? Zum Schluß fanden die Bedürfnisse hinsichtlich Tabakanbau und verschiedene Bauvorhaben eine eingehende Aussprache. — An Stelle des bisherigen Lagerhalters Eugen Egloff der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Merdinger, der aus Gesundheitsgründen zurückgetreten ist, wurde Landwirt Adolf Selinger zum Lagerverwalter bestimmt.

# Um die Mindesturlaubszeit für Jugendliche

Besprechung der Vertreter der Jugendorganisationen mit dem Staatspräsidenten

Freiburg. In der Frage der Urlaubsregelung für Jugendliche fand am vergangenen Dienstag eine Aussprache zwischen den Vertretern der Jugendorganisationen und dem Staatspräsidenten Wohleb statt. Anwesend war weiterhin Regierungsrat Dr. Rappenecker vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie Dr. Hessel von der Direktion Arbeit.

Gewerkschaftsjugendsekretär Kempf erläuterte zusammenfassend die Stellung der Jugendorganisationen, die einen Mindesturlaub für Jugendliche von 24 Tagen im Jahr fordern. Dieser Urlaub ist in Hinsicht auf die Entwicklung, die geistige Ausbildung und die berufliche Leistungsfähigkeit unbedingt notwendig. Deshalb muß etwa das Argument, ein langer Urlaub behindere die berufliche Ausbildung, unbedingt zurückgewiesen werden. Ebenfalls können die Jugendorganisationen die Behauptung nicht anerkennen, daß sich einem längeren Urlaub Kalkulationsschwierigkeiten entgegensetzen.

Dr. Rappenecker führte u. a. aus, daß von arbeitsrechtlicher Seite aus gesehen, augenblicklich der Zeitpunkt für eine Behandlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes ungünstiger sei, da allgemein gefordert würde, die Produktion zu steigern, um die wirtschaftliche Krise zu überwinden. Auch könne die vorgesehene Urlaubserhöhung zu lehrungsfeindlichen Tendenzen führen. Die Kardinalfrage sei deshalb: Wolle man unbedingt ein Jugendarbeitsschutzgesetz durchbringen, das diese Urlaubsregelung vorsieht, aber schließlich vom Landtag abgelehnt werden könne, mit dem Bemerkung, eine entgeltliche gesetzliche Regelung sei Sache des zukünftigen Bundes. Oder wolle man das Ziel durch Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeber erreichen. Auch Dr. Hessel, der über den Stand der Verhandlungen über den Jugendarbeitsschutzgesetz-Entwurf befragt wurde, mußte erklären, daß entscheidende Arbeiten noch nicht erfolgt seien, da sowohl internationale als auch Vereinbarungen zwischen den Ländern fehlen. Es sollte vielleicht überlegt werden, ob man nicht die Urlaubsregelung zunächst als Ergänzungsantrag zum bisher geltenden Gesetz erreichen wolle.

Staatspräsident Wohleb ging in seiner Argumentation vor allem auf die wirtschaftliche Struktur Südbadens ein, die eine Berücksichtigung der Haus- und Landwirtschaft verlange, wie auch bei den kleinen Handwerksbetrieben ein längerer Urlaub der Lehrlinge nur schwer tragbar sei. Besonders die Bezahlung eines vierwöchentlichen Urlaubs, werde in diesen Kategorien auf Widerstand stoßen. Sowohl der Vertreter der Falken, als auch Gewerkschaftsjugendsekretär Kempf wiesen aber darauf hin, daß gerade die Hausgehilfen und Lehrlinge in kleinen Betrieben einen längeren Urlaub brauchten, da sie am wenigsten eine geregelte Arbeitszeit kennen, wie sie in größeren Betrieben üblich ist. Auch könne in der Landwirtschaft der Urlaub in den Winter verlegt werden und die Auslösung von Kost und Logis während des Urlaubs in natura erfolgen. In den Haushaltungen kann der Urlaub der Hausangestellten in die Urlaubszeit des Familienvorstands gelegt werden. Die Auslösung dürfte hier keine Schwierigkeit darstellen, da sich wohl nur Familien in gesicherter Position heute noch Angestellte halten könnten.

Der Vertreter der FDJ betonte, daß in erster Linie die ganze Urlaubsregelung davon

ausgehen müsse, daß die Träger der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die mit den Folgen des verlorenen Krieges fertig werden müsse, eine Generation sei, die entweder während des Krieges aufgewachsen oder im Krieg geboren sei. Diese Generation, deren Leben sich bisher nur unter materieller Not vollzog, deren Gesundheitszustand außerordentlich prekär sei, hat die uneingeschränkte Berechtigung, alles zu fordern, was ihrer Entwicklung in körperlicher und geistiger Hinsicht dienen könne. Wenn daher die Jugendorganisationen zu der Auffassung gekommen seien, ein 24tägiger Urlaub stelle die Mindesturlaubszeit für Jugendliche unter den heutigen Umständen dar, so kann es keiner Frage bedürfen, daß diesem Verlangen im Interesse der Jugend und nicht zuletzt im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage Südbadens entsprochen wird.

Auf die Frage des Vertreters der Falken,

## Was den Bauern nicht gefällt

Lörrach-Waldshut. In zwei aufeinander gefolgt Bezirksversammlungen des Bad. Land. Hauptverbandes in Waldshut und Lörrach ergab sich klar und deutlich, daß die immer wiederkehrende Frage nach der Produktions- und Preiskontrolle, die bei den bäuerlichen Betrieben mit äußerster Schärfe durchgeführt wurde, noch immer nicht da eingeführt ist, wo sie schon längst als dringend notwendig erachtet wurde. Es handelt sich dabei in erster Linie um jene Industrieerzeugnisse, die der Bauer für seinen Betrieb benötigt. Wo blieb die Kontrolle in der Vergangenheit, wo ist sie heute? Man kann die Verbitterung des Bauern verstehen und muß deshalb erwarten, daß sich der BLHV mit aller Energie für die Beseitigung des unhaltbaren Zustandes einsetzt. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die sich seit langem bewährt hat, gibt das Mittel in die Hand, die Forderungen durchzusetzen.

Erreicht ist bis jetzt auf diesem Gebiete nichts und es wird sich auch erst dann eine Wendung

welche Stellung der Staatspräsident einzunehmen gedenke, erklärte dieser, er befürworte den Antrag der Jugendorganisationen mit der Einschränkung, daß für gewisse Wirtschaftszweige Sonderregelungen getroffen würden. Er lehnte auch die Bemerkung Dr. Rappeneckers ab, eventuell von den 24 Tagen nur 12 als bezahlten Urlaub vorzusehen, ebenfalls den Vorschlag, die bisherige Regelung eines dreiwöchentlichen Urlaubs für Jugendliche von 16-18 Jahre beizubehalten und nur den 14-16 jährigen einen 24 Tage Urlaub zu gewähren. Im Uebrigen ergab die Diskussion nochmals die Einmütigkeit aller Jugendorganisationen, auf der Forderung eines generellen 24tägigen Urlaubsanspruchs bestehen. In der morgen Freitag, stattfindenden Landesjugendausschusssitzung wird der Entwurf des Jugendarbeitsschutzgesetzes nochmals diskutiert und die Forderung nach schnellster Behandlung im Landtag erhoben werden.

geben, wenn das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben in die Tat umgesetzt ist. Darüber hinaus wirkt sich der aufgeblähte Zwischenhandel auf allen Sektoren ebenfalls noch preisverteuernd aus. Die Bauern sind aber nunmehr gewillt, das Genossenschaftswesen stark zu verbreitern, um diesem Uebelstand abzuhelfen. Man kann nur hoffen, daß damit ein neuer Fortschritt erzielt wird.

### „Bauseilbhilfe“ der Bauarbeiter

Weil a. Rh. Nach dem kürzlich den Mitgliedern der Gewerkschaft der Bauarbeiter vorgelegten Bericht über die „Bauseilbhilfe“ sind die Vorarbeiten beendet. Auf Anraten des Bürgermeisters hat sich die Gewerkschaft entschlossen, das Unternehmen gemeinsam mit den Kriegsverehrten in Angriff zu nehmen. Die Gemeindeverwaltung unterstützt das Vorhaben, das nun soweit gediehen ist, daß mit der praktischen Arbeit begonnen werden kann.

### USA-Gericht mißachtet Beweise der Verteidigung

New York. Der Prozeß gegen die elf führenden Kommunisten in den USA wird am kommenden Mittwoch wieder aufgenommen werden. Damit hat das New Yorker Bundesgericht die von der Verteidigung vorgebrachten Beweise über die verfassungswidrige Zusammensetzung des Geschworenengerichtes völlig mißachtet. Die Verteidigung hatte nachgewiesen, daß die Namen der Geschworenen aus dem Adreßbuch für Direktoren und anderen Telefonbüchern für Unternehmer entnommen wurden, aber nicht der gesetzmäßigen Geschworenenliste.

### KPD-Anfrage an Ministerpräsident Arnold

Düsseldorf. Im Hauptausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen richtete die Fraktion der KPD eine Anfrage an Ministerpräsident Arnold, wer ihn beauftragt habe, am Kongreß der sogenannten „Europa-Union“ in Brüssel teilzunehmen. ob er die Bestrebungen Churchills auf eine angebliche „Befreiung“ der osteuropäischen Staaten billigt, und wie er seine Teilnahme an einer Konferenz, die offen zum Kriege gegen die

Völker Osteuropas hetze, vor der Bevölkerung zu rechtfertigen gedenke, die nicht den Krieg, sondern den Frieden wolle.

### Kundgebung des Deutschen Volksrates in Leipzig

Berlin. Im Rahmen der Leipziger Frühjahrsmesse findet am 7. März eine Kundgebung des deutschen Volksrates und der antifaschistischen demokratischen Parteien statt, auf der die drei Präsidenten des Volksrates, Wilhelm Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU), und Prof. Dr. Kastner (LDP) sprechen werden.

### Die 17. Währungsverordnung

Frankfurt. Die 17. Durchführungsverordnung zum Währungs-Umstellungsgesetz verpflichtet die Handelsbücher führender Kaufleute, Einzelpersonen und Gesellschaften per 20. Juni 1948 einen Reichs-Mark-Abschluß zu machen. Die Fristen für die Aufstellung, Vorlegung und Feststellung dieses Abschlusses beginnen am 1. März 1949. Kaufleute, deren Jahresabschluß nicht der Prüfung unterliegt, haben den Reichsmarkabschluß bis spätestens 31. März aufzustellen.

## Sportliches Allerlei

### Herbold (SV Waldhof) neuer Schützenkönig der süddeutschen Oberliga

Am vergangenen Wochenende übernahm in der süddeutschen Oberliga der Waldhöfer Herbold die Führung in der Torschützenliste. Die Reihenfolge auf den ersten Plätzen lautet:

1. Herbold, (SV Waldhof) 14 Tore,
2. Bechtel (VfB Mühlburg) und Wirsching (Kickers Offenbach) je 13 Tore,
3. Morlock (1. FC Nürnberg), Thanner (TSV 1860 München), Groß (Schwaben Augsburg) und E. Maier (Kickers Offenbach) je 12 Tore,
4. Weber (Kickers Offenbach) und Loettke (VfR Mannheim) je 11 Tore,
5. Hädel (Bayern München) und Platzer (BC Augsburg) je 10 Tore.

### Die Auserwählten des Nordens

Der Norddeutsche Spielausschuß berief am Samstag 19 Spieler für die Vorbereitungen zum Fußball-Repräsentativspiel Nord - Süd in Hannover. In die engere Wahl wurden einbezogen vom HSV: Holdt, Warning, Spundflasche, Trenkel, Reinhardt, Schmeisser, Adamkiewicz. Vom VfL Osnabrück: Foto, Gehmlich, Gielxner, Arens, Fienig. Vom FC St. Pauli: Hempel, Dzur, Stender, Apel. Von Werder: Gerhardt, und vom TSV Braunschweig: Rohberg und Hagenacker.

### Kickers Offenbach gastieren in Betzdorf

Der Vertreter der Landesliga Rheinland, die SG Betzdorf, empfängt am 13. März den Tabellenführer der süddeutschen Oberliga Kickers Offenbach, zu einem Fußballfreundschaftsspiel.

### Italien - Portugal 4:1

Im Fußball-Länderspiel zwischen Italien und Portugal waren die Gastgeber mit 4:1 erfolgreich.

In einem Fußballfreundschaftsspiel am Sonntag vor 4000 Zuschauern in Braunschweig, befeuerte der TSV in glänzender Spielleistung und besiegte Holstein Kiel mit 8:0 Toren. Der SC 03 unterlag dem HSV am Sonntag im Freundschaftstreffen mit 2:5 Toren.

Der deutsche Handballmeister Hassee Winterbeck beendete seine Pflichtspiele ohne Punktverlust und wurde damit Schleswig-Holsteinscher Handballmeister.

### Großer deutscher Erfolg in Bischofsdorf

Sepp Weller sprang Schanzenrekord. An dieser in der Nachkriegszeit wohl größten internationalen Sprunglaufkonkurrenz nahmen insgesamt 30 Skispringer teil. Mit deutlichem Abstand konnten sich Sepp Weller und Rudi Gehring, selbst von Sepp Bradl, dem Ex-Weltmeister, distanzieren.

Allgemeine Klasse:

1. Sepp Bradl (Österreich), 88,5 und 90,5 m, Note 22,8.
2. de Lorenzo (Italien) 38 und 83,5 m, Note 20,8.
3. Ganschmig (Österreich) 80 und 81 m, Note 20,3.
4. Hans Eder (Österreich), 79,5 und 80 m, Note 20,1.

Gästeklasse:

1. Sepp Weller (Oberstdorf), 97,5 und 90,5 m, Note 22,9.
2. Rudi Gehring (1860 München), 90,5 und 84 m, Note 22,9.
3. Toni Brutscher (Oberstdorf), 87,5 und 87,5 m, Note 21,3.

### Nordamerikanischer Skirekord verbessert

Der nordamerikanische Rekord im Skispringen wurde beim John Mitchell-Spring-Turnier in Iron Mountain gleich dreimal überboten. Sieger des Wettbewerbs wurde der Amerikaner Joe Perrault mit Sprüngen von 89 und 90 Meter vor dem Norweger Petter Husted und dem Finnen Pietikainen, die mit Weiten von je 89 Meter ebenfalls den bisherigen Rekord von 88 Meter überboten.

### Hoher Pariser Eishockeystieg über Basel

In einem internationalen Eishockeyspiel blieb der Racing-Club Paris gegen eine Basler Vertretung überlegen mit 11:4 (4:3, 4:0, 3:1) siegreich.

### Unser Tip für Sonntag

Villingen - Kuppenheim	1 2 1
Baden-Baden - Offenburg	1 1 x
Ottenu - Emmendingen	1 1 2
Mainz - Oppau	1 x 1
Tr. Kürzen - Gonsenheim	x 1 1
Schw. Augsburg - BC. Augsburg	1 1 1
Bayern München - 1860 München	2 x x
VfR Mannheim - SV Waldhof	1 1 2
VfB Stuttgart - Kick. Stuttgart	2 2 1
Nürnberg - Schweinfurt	2 1 2
Ulm - Mühlburg	2 x 1
Lörrach - Zähringen (Handball)	1 2 2
Schopfheim - VfL Freiburg	2 2 2
Rheinfelden - St. Georgen	1 1 x

Nachruf

Als Opfer eines verbrecherischen Anschlags verschied in der Nacht vom Samstag auf Sonntag mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Bruder und Onkel

**Josef Schneider**  
Metzgermeister

im Alter von 48 Jahren. Sein Leben stand im Dienste seiner Familie und der Dorfgemeinde. Wir bitten, seiner im Gebete zu gedenken.

Urlieben, den 27. Februar 1949.

In tiefer Trauer:

**Maria Schneider** geb. Schneider  
und Kinder Helga und Oswald  
Geschwister nebst Anverwandte

Wieder im Mittelpunkt der Stadt!

**Samstag 5. März**

Eröffnung im neuen Heim

Bertholdstraße, am Stadttheater

**Adolf Kützel**

Freiburg i. Br.  
früher Kaiser/Engelstraße

Stadthalle - Lichtspiele

**Offenburg**

Vom 4. bis 10. März 1949 eine spannende Kriminalhandlung, eine bergerührende Revue, ein bezaubernder Film:

Marika Röck in:

**„Fregola“**

Bekannte Anfangszeiten. Achtung! Samstag, 5. 3., mittags 14.00 Uhr: Märchenfilmstunde mit: Rotkäppchen und vielen anderen schönen Märchenfilmen. „Fregola“ läuft am Samstag, 5. 3., um 15.30 und 18.00 Uhr.

**Adler-Lichtspiele Achern-Oberachern**

Von Freitag, 4. bis Donnerstag, 10. März 1949:

**„Späte Liebe“**

(Symphonie eines Lebens) Mit Paula Wessely, Attila Hörbiger, Inge List und Fred Liewehr. Jugendverbot bis 16 Jahre. - Wochentags 20 Uhr. Sonntag 15.00, 17.30 u. 20 Uhr. Samstag keine Vorstellungen.

**Familie Munter 8**



Gottfried Kummer, Munters Schwager, Wohnte weit von Werk und Lager Und er hat sich oft beklagt, Daß der Weg ihm nicht behagt.

Munter sagt: „Mensch, lange Leitung!“

Tausche einfach durch die Zeitung!“

Kummer folgte Munters Rat. Günstig war das Resultat.

Visavis vom Werk genau Liegt Herr Kummer's neuer Bau. Er wird auch zur Ansicht neigen:

**Achtung!**

Wegen Umstellung des Betriebes verkaufe ich günstig:

**1 Chevrolet, 3 to.**

3 Seitenkipper, hydraul., mit Austauschmotor (generalüberholt), Bereifung neuw. 7.50/20

**1 Chevrolet, 3 to.**

Holzgas, in gutem Zustand, Bereifung neuwert., m. Herdeinsatz und Austauschmotor sowie Hinterachse

**1 Chevrolet, 1,3 to.**

neuwertig, geschl. Kastenwagen, zur Zeit auf Traktorentreibstoff laufend, Bereifung neu, fünffach; 1 Tankholzaufbereitungsmaschine

Ang. unt. Nr. 32-319 an U.T. Offenburg, Postfach 361.

**Vertretungen**

Vertreter für Vertrieb v. Verpackungsgeräten b. Ind., Handel u. Gewerbe des Bezirks ges. Bew. ernsth., arbeitsfreud. Interessent. erb. unt. W 131 an ANNONCEN-LIEBALD, Braunschweig, Ritterstraße 7.

**Erfolgreiche Großhausparkasse**

sucht tüchtigen Außendienstmitarbeiter bei gutem Einkommen. Zuschr. unter A 1980 an die Südd. Anz.-Exp., (14a) Aalen. (A18-101)

**Große Verkaufsorganisation**

s. allerorts männl. u. weibl. Mitarbeiter f. leichte, schriftl. Heimarbeit oder Vertell.- u. Kassier-Tätigkeit. Auch Uebernahme einer Geschäftsst. mögl. Ausk. geg. Rückporto in bar dch. Fa. O. W. Beck, Karlsruhe/Bd. - 112, Postfach 128. (A 17-1)

Schmerzlose Fußpflege bei **DORA GÜTH** Freiburg, Reiterstr. 18II

**Werber u. Freiverkäufer**

bei guter Vergütung f. Freiburg (Stadt und Land) sofort gesucht. Näheres U. T., Geschäftsstelle Freiburg, Schwabentorstraße 1.

**zu verkaufen**

**1 Damenfahrrad**

1 Post-Pellerine, 1 Paar Scharfstiefel, Gr. 42, zu verkaufen. Adresse zu erfragen in der Geschäftsstelle U. T. Freiburg/Br., Schwabentorstraße 1. (38-107)

**1 Hanomag-Diesel-Vollkettentraktor**

25 PS, geeignet zum Schleifen von Stammholz, zu verkaufen. Angebote unt. Nr. 32-199 an U.T. Offenburg, Postf. 361. (32-199)

**Praxisverlegung**

Ab sofort finden meine Privatprechstunden ausschließlich in meiner Privatwohnung Augustastr. 8 (Augustaburg) statt. (9-12 und 15-18 Uhr sowie nach fernmündl. Vereinbarung außer Samstag nachm.) - Tel. 1492

**Dr. med. W. Gutenberg**  
Offenburg

Facharzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten

**Autogene Schweißapparate**

Geräte, Schlauch - Schweiß- und Lötlmittel und Annahme von Reparaturen

**AUTOGEN-SCHURIG, Wyhlen**  
Baden

Der Fachlieferant seit 1925.

**Großerfolg durch Kleinanzeigen!**